

# Buchbinder-Zeitung

Erscheint Sonnabends.  
Abonnementpreis 75 Pfennig  
pro Quartal inkl. Postgebühren.  
Bestellungen nehmen an alle Post-  
anstalten, sowie die Expedition,  
Coppelenstraße 10 I, Stuttgart.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Inserate  
pro Spaltweite 20 Pf.,  
für Verbandsangehörige 10 Pf.,  
Privatanzeigen ist der Betrag in  
Briefmarken beizufügen, anson-  
sten der Abdruck unterbleibt.

Dr. 27

Stuttgart, den 4. Juli 1903

19. Jahrgang

## Bekanntmachung

### des Verbandsvorstandes.

1. Der bisherige Bevollmächtigte für Annaberg-Buchholz, Paul Nestler, hat seine Tätigkeit als solcher mit Ende Juni aufgegeben. An dessen Stelle wird hiermit das Mitglied Paul Förster, Buchbinder in Annaberg, Glumannstraße 30, vom Verbandsvorstand bevollmächtigt, die Verbandsgeschäfte in Annaberg-Buchholz zu erledigen, was wir die Mitglieder daselbst zu beachten ersuchen.

2. In Bromberg kann von jetzt ab Arbeitslosenunterstützung bezogen werden.

3. Nachstehende Mitgliedsbücher werden, weil den betreffenden Inhabern abhanden gekommen, für ungültig erklärt. Dieselben sind bei eventuellem Vorzeigen einzuziehen und an Unterzeichneten einzusenden.

Nr. 27755 ausgestellt für Berta Band.

= 34 827	=	Eduard Mell.
= 36 760	=	Ferd. Bachmund.
= 37 282	=	Gustav Hahnemann.
= 40 112	=	Emma Koppchel.

Der Verbandsvorstand.

J. A.: A. Dietrich.

## Neues und Altes von der Tarifbewegung.

Unsere Tarifbewegung ist gegenwärtig in ein Stadium getreten, das sich gerade keiner besonderen Klarheit und Unzweideutigkeit erfreut. Nach dem mit Sachlichkeit, Höflichkeit und anständigem Entgegenkommen geführten Verhandlungen am 8. Juni bläst jetzt wieder ein scharfer Wind in diese dem Frieden zugeneigte Gesellschaft, der alles weniger denn geeignet ist, das gute Einvernehmen zwischen beiden Parteien zu fördern. Der Vorsitzende des Prinzipalverbandes — der in der Sitzung am 8. Juni nicht zugegen war — Herr Kommissionsrat Fritzsche hat jetzt die Zeitung anscheinend übernommen, und wenn nicht aller Schein trügt, werden wir wieder in ein Fahrwasser getrieben, wie im Jahre 1900, das aufgeregt und unruhig gemacht, zum Bruche zwischen beiden Parteien treiben kann.

Die Prinzipale berufen sich in zwei an unseren Verbandsvorstand gerichteten Schreiben darauf, daß die in den drei Tariffächten angenommenen Resolutionen Bedingungen an eine dreijährige Verlängerung des Tarifs knüpfen, die über die gemeinsamen Beschlüsse der Verhandlungen vom 8. Juni weit hinausgehen. Es wird uns deshalb anempfohlen, dahin zu wirken, daß der Beschluß vom 8. Juni Gültigkeit erlangt. Dazu wird uns eine zweiwöchentliche Frist gewährt, nach Ablauf welcher sich die Herren Prinzipale „alles weitere vorbehalten“. In beiden Briefen wird „alles weitere vorbehalten“. Zu dieser zweideutigen, mysteriösen Nebenbedingung muß zunächst bemerkt werden, daß sie im Interesse friedlicher Verhandlungen, vor allen Dingen aber rechtlich sehr wenig am Platze ist. Wenn die Herren

Prinzipale durchaus der Meinung sind, daß die Beschlüsse der Versammlungen über den Rahmen der am 8. Juni getroffenen Vereinbarungen hinausgehen, so können sie sich laut dort gegebener Zusicherung nichts weiteres vorbehalten, als auf Grund beiderseitig eingureichender Abänderungsanträge in eine gänzliche Neuberatung des Tarifs einzutreten, weil die Versammlungsbeschlüsse eine dreijährige bedingungslose Verlängerung abgelehnt haben. Nichts anderes! Hoffentlich wird man uns dieses Recht nicht freitig machen wollen, wenn's auch nicht in Resolution oder Antrag, sondern nur als allgemein von den Prinzipalen zustimmende Antwort auf eine diesbezügliche Frage von unserer Seite aus erfolgte.

Man kann darüber schließlich streiten, ob die Prinzipale, mit strikter Berufung auf ihr formelles Recht, nicht im Rechte sind, wenn sie die Versammlungsbeschlüsse als über die Resolution vom 8. Juni hinausgehend betrachten. Aber daß wir nun bedingungslos einer Verlängerung zustimmen und uns vollständig auf Gnade und Ungnade auf weitere drei Jahre den Herren ausliefern sollen, ist wohl doch ein etwas unbilliges Verlangen. Wie es den Anschein hat, will man uns sogar verwehren, Anträge — selbstverständlich laut getroffener Abmachung nur in ganz bescheidenem Umfang, die sich nur auf Abänderung einiger grober Fehler beschränken — zu stellen, die Prinzipale wollen, wie es scheint, nur für sich das Recht in Anspruch nehmen, „fehlerhafte“ Positionen durch Abänderungsanträge „verbessern“ zu können. Eine sonderbare Auffassung von einer Tarif„gemeinschaft“! Wenn man auf diese Art die Sache deckeln will, so sind wir doch schließlich gezwungen, wieder andere Register zu ziehen.

Wollten wir die in den Resolutionen aufgestellten Forderungen, die, wenn auch vielleicht formell etwas über den Rahmen der am 8. Juni getroffenen Vereinbarungen hinausgehend, doch bei geringem Entgegenkommen eine Verhandlung sehr wohl zuließen, hier nochmals besprechen, so müßten wir wiederholen, was wir im Leitartikel der letzten Nummer gesagt haben. Es sei hier kurz nur nochmals auf einiges hingewiesen. Die Forderung auf Ausgestaltung des Vorwortes stellen keinerlei materielle Ansprüche an die Prinzipale, sie müßten auch von den Prinzipalen als selbstverständlich gelten, da auch sie nach ihrer eigenen Aussage das Vorwort für lückenhaft und fehlerhaft betrachten. Diese Wünsche auf Änderung des Vorwortes in einer dem Tarif fördernden Weise können also nimmermehr ein Grund der Ablehnung für weitere Verhandlungen auf Grund der 8. Juni-Beschlüsse sein, denn diese beantragten Änderungen scheinen uns tatsächlich beinahe mehr im Interesse der Prinzipale gelegen als in unserem, und sie müßten von ihnen, wenn die Klagen über die unsolide Konkurrenz wirklich ernst zu nehmen sind, nachdrücklich unterstützt werden.

Wleiben also nur noch die geforderten Stundenlohn erhöhungen. Sie nochmals zu begründen, bleibe uns erspart, wir haben das hinreichend ge-

tan, um zu zeigen, wie notgedrungen eine solche Forderung von uns erhoben werden muß, weil sonst die Maxime der Prinzipale noch zahlreicher befolgt wird: Der Akkordtarif ist mir zu hoch, ich beschäftige Sie im Stundenlohn. Tatsächlich ist ja keinerlei Zusicherung auf die Ausfertigung des Stuttgarter Delegierten Vender hin, daß eine dreijährige Verlängerung nur dann zur Annahme bei unseren Leuten kommen wird, wenn die Stundenlöhne erhöht werden, erfolgt. Mit uns wird aber mancher Delegierte aus den Verhandlungen mit den Prinzipalen die Meinung gewonnen haben, daß auf eine Erhöhung der Stundenlöhne zu hoffen war, zumal einer der Herren Prinzipale der Ansicht Ausdruck gab, daß daran die Verhandlungen wohl nicht scheitern werden. Nicht jede auf solcher Konferenz zu Tage tretende Stimmung, die gleichsam in der Luft liegt, kann in Resolutionen oder Anträgen niedergelegt, wie auch nicht jedes Wort protokollarisch festgelegt werden kann. Wenn man die Zusicherung gelten läßt, daß nach einer Ablehnung der am 8. Juni getroffenen Abmachungen in eine vollständige Neuberatung des Tarifs auf Grund der eingureichenden beiderseitigen Abänderungsanträge eingetreten werden soll — eine Bestimmung, die weder durch Resolution noch protokollarisch festgelegt ist —, so wird man doch auch schließlich gelten lassen müssen, daß nach dem Verhalten der Prinzipale eine Zustimmung zu einer Erhöhung der Stundenlöhne ihrerseits wahrscheinlich war. Daß übrigens anderwärts auf die Friedensliebe unserer Prinzipale gebaut und geglaubt wurde, wegen der paar Pfennig Lohnerhöhung würde es nicht zum Scheitern der eingeleiteten Verhandlungen kommen, geht aus einer Notiz der „Sozialen Praxis“ hervor, die beim Abdruck der Berliner Resolution von „geringen Änderungen“ spricht, die verlangt werden, und die zum Schlusse der betreffenden Notiz vermerkt: „Wenn die Arbeitgeber, wie anzunehmen ist, sich hiermit einverstanden erklären, so wird der Friede im Buchbindergewerbe für die folgenden drei Jahre als gesichert anzusehen sein.“

Diese, nicht nur von uns, sondern auch von anderen Leuten gehegte Annahme stellt sich nach den neuesten Vorgängen als irrig heraus. Das jetzige Verhalten der Prinzipale zeigt doch unzweideutig, daß sie einer Erhöhung der Stundenlöhne nicht zustimmen wollen, denn sonst wäre ja der einzige Stein des Anstoßes, der einer weiteren Verhandlung auf Grund der Versammlungsbeschlüsse im Wege liegt, hinweggeräumt. Unsere Kollegen werden aber kaum auf diese Forderungen verzichten wollen und können und werden sie jedenfalls als erste auch bei Neuberatungen erheben. Behaupten die Prinzipale die jetzt eingenommene ablehnende Stellung auch dann, so ist an der Situation wenig geändert und der Ausgang einer friedlichen Lösung des Konfliktes sehr unwahrscheinlich. Wir sind darnach zu urteilen jetzt erst am Anfang der Tarifbewegung. Die drei Tariffächte werden nun nochmals entscheiden, ob sie an den in den Resolutionen niedergelegten Forderungen festhalten oder dem Verlangen der Prinzipale sich unterwerfen wollen.

Wir haben es an zum Frieden mahnenden Worten nicht fehlen lassen und Bemühungen genug gemacht, um beim Ablauf der jetzt bestehenden Tarifperiode einem neuen Tarifvertrag zur Geltung zu verhelfen, der im Interesse des gesamten Buchgewerbes gelegen ist. Stoßen wir aber bei unseren Kontrahenten fortwährend auf Schwierigkeiten und die Ansicht, daß bei einer Tarifgemeinschaft nur sie zu bestimmen und wir zu parieren haben, so sind wir des trockenen Lones nun auch satt. Warten wir erst noch einmal die nächsten Tage ab.

**Differenzen in Dessau und Duisburg.**

In voriger Nummer wird vor Zugang nach der Firma Seiler in Dessau gewarnt, es soll deshalb die Veranlassung zu den dort entstandenen Differenzen hier mitgeteilt werden.

In dieser Werkstube herrscht eine sehr sonderbare Arbeitseinteilung. Die Firma hat auf kürzere Zeit im Jahre eine größere Saisonarbeit anzufertigen, zu deren Bewältigung sie aushilfsweise Buchbinder aus Leipzig kommen läßt. Während die ständig dort beschäftigten Kollegen bei täglich zehnstündiger Arbeitszeit einen Monatsverdienst von 75 bis herunter zu 45 Mk. bekommen, wird den requirierten Leipzigern bei neunstündiger Arbeitszeit die Stunde mit 55 Pf. berechnet. Da nun die Leipziger Kollegen auch zehn Stunden im Geschäft tätig sein müssen, so wird ihnen die zehnte Arbeitsstunde mit Prozentszuschlag für eine Überstunde berechnet, und so stellt sich der Tagesverdienst eines Leipziger Kollegen auf 5,70 Mk., während der neben ihm stehende, ständig beschäftigte Kollege in Dessau im Höchstfall 2,50 Mk. pro Tag erzielen kann. Das ist denn doch ein schreiendes Mißverhältnis in der Entlohnung, das auf die Dauer natürlich nicht gut tun kann und selbstverständlich die Dessauer Kollegen zur Forderung höherer Löhne veranlassen mußte.

Da nun die Saisonarbeiten jetzt wieder beginnen, hielten die Kollegen der Seilerschen Werkstube eine Versammlung ab, um diesem unnatürlichen Zustand durch Stellung höherer Forderungen abzuhelfen. In dieser Versammlung fand sich einer der bekanntesten Spezies von Menschen, die durch Liebedienerei bei ihrem Herrn sich besonders in Ansehen bringen wollen, und dieser berichtete brüthwarm dem Werkführer der Firma den schwarzen Plan, der gegen die Firma ausgeheckt worden war. Die Folge davon war, daß vier ältere Kollegen, darunter ein verheirateter, den Saß erhielten. Darauf erklärten sich die übrigen Kollegen mit den Gehindigten solidarisch und reichten auch ihrerseits die Kündigung

ein. Wenige Tage nachdem erhielten zwei der Gehindigten Zugeständnisse in Gestalt von Bewilligung auf 85 Mk. Monatsgehalt und 35 Pf. für die Überstunde; deren Kündigung wurde zurückgenommen, während die der anderen beiden aufrecht erhalten blieb. Die Kollegen gingen darauf aber nicht ein, sondern verlangten auch ein Gleiches für ihre Kollegen.

Von Leipzig aus soll ein Brief an die Firma gelangt sein, in dem sich Leipziger Kollegen anboten, diese Aushilfsstellen auch dann anzunehmen, wenn die Dessauer streiken. — Die Leipziger werden sich in einer Versammlung mit dieser Sache beschäftigen und jedenfalls Vorfrage treffen, daß von dort aus der Firma keine Hausreißer geliefert werden. Inzwischen wird die Leipziger Tarifkommission mit der Firma in Dessau verhandeln.

Bei der Firma J. A. Steinkamp in Duisburg wollten die Kollegen ebenfalls eine geregelte Entlohnung einführen. Sie stellten die Forderung: den Arbeitern im ersten Gehilfenjahr 18 Mk., im zweiten Gehilfenjahr 20 Mk. und im dritten und folgenden Jahren 21 Mk. zu zahlen. Dem Überbringer dieser Forderungen wurde sofort gekündigt. Als die anderen Kollegen dies hörten, beschloßen sie, daß wenn bis zu einem gestellten Termin der Chef diese Forderung nicht anerkannt und die Kündigung nicht zurückgezogen habe, sie ebenfalls kündigen wollen. Der Firmeninhaber ließ nachdem noch zwei Kollegen zu sich kommen, kündigte einem, weil er ihm als Schriftführer der Zahlstelle bekannt war, und er annahm, daß derselbe einen Bericht über die Firma in unsere Zeitung hinein lanciert habe, und dem anderen kündigte er, weil auch dieser die gestellten Forderungen vertrat.

Der Erfolg wäre für die Arbeiter hier sicher gewesen, wenn sich nicht auch hier einer der bekannten Arbeitswilligen gefunden hätte, der zwei Maschinen bedient und seinen Kollegen durch doppelte Anspannung seiner Kräfte die Forderungen illusorisch macht. Auch ihm wird der Lohn winken, wie so vielen anderen vor ihm.

Da die Firma die Gepflogenheit hat, von auswärts Buchbinder zu engagieren ohne feste Lohnabmachung, diese dann aber mit 16 Mk. Wochenlohn abpeifen will, so sei besonders darauf hingewiesen, zumal mit 16 Mk. Wochenverdienst kein Mensch in Duisburg so einigermaßen leben kann.

Von dem Ausstand bei der Photographischen Gesellschaft in Steglitz gehen uns noch einige nachträgliche Mitteilungen zu.

Von seiten des Streikkomitees sind damals alle möglichen Schritte unternommen worden, um eine Einigung der Streikenden mit der Firma zu stande

zu bringen. Das Einigungsamt des Gewerbegerichtes wurde um Vermittelung zwecks Beilegung des Streiks ersucht, jedoch lehnte die Direktion jede Verhandlung ab, mit der Motivierung, daß jetzt keine Stellen für Buchbinder frei sind, da die Arbeiten, welche früher von Buchbindern ausgeführt wurden, jetzt von Papierarbeitern gemacht werden. Die Gesellschaft wurde noch beim Gewerbegericht gegen drei Kollegen klagbar, weil sie vor Ablauf ihrer Kündigungsfrist die Arbeit niedergelegt hatten. Der eine Fall wurde kürzlich verhandelt und die Gesellschaft nach § 134 der Gewerbeordnung kostenpflichtig abgewiesen. Die Klagen gegen die beiden anderen Kollegen scheint die Gesellschaft zurückgezogen zu haben. Im Interesse der arbeitslosen Kollegen, welche es hier nicht zu wenig gibt, ist die Sperre über die Firma aufgehoben.

Es sollen zur Zeit schon wieder 7 Buchbinder in dem Betrieb tätig sein, natürlich alles unorganisierte.

Gegen zwei Strafmandate à 16,20 Mk. ist richterliche Entscheidung beantragt, zu dem der Termin am 27. Juni angesetzt war. Über den Ausgang derselben ist uns nichts bekannt.

**Internationales.**

**Aus Haarlem.** Die Abteilung Haarlem des Niederländischen Buchbinderverbandes sandte bereits anfangs April dieses Jahres ein Zirkular an die Meister, worin sie um eine Regelung und Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ersuchte. Aber nur ein Meister bewilligte die gestellten Forderungen, ein anderer gab seinen Gesellen eine kleine Lohnzulage, die übrigen machten gar keine Zugeständnisse. Nun ist die Abteilung an die Arbeitskammer für die Druckereibetriebe herangetreten und hat sie um ihre Mitwirkung zur Durchführung der beschiedenen Forderungen ersucht. Der Zentralvorstand des Buchbinderverbandes hat seine Zustimmung zu diesem Schritte gegeben. Die organisierten Buchdrucker Haarlems, sowohl die vom Allgemeinen Buchdruckerverband als auch die vom Katholischen Verband haben der Kammer eine Sympathieerklärung gesandt. — Hoffen wir, daß unsere Kollegen in Haarlem, die unter sehr gedrückten Verhältnissen leben, Erfolg haben.

**Aus dem preussischen Fabrikinspektorenbericht über unser Gewerbe.**

Unsere Berufsgruppe gehört zu denen, welche die Aufmerksamkeit der Gewerbeaufsichtsorgane in recht ungenügendem Maße genießen. In dem über 700

**Kalif Abdul-Hasan und der Bücherzoll.**

Burleske von Rudolf Greinz.

Zu jener schönen Zeit, da es noch kein Papier gab, regierte in der langen Reihe der Kalifen auch der Kalif Abdul-Hasan, ein ebenso weiser, als satirisch veranlagter Herrscher.

Eines Tages trat eine feierliche Deputation seiner Bezirke und sonstigen verantwortlichen Räte vor seinen Thron. Der Führer der Abordnung sprach also:

„Großmächtigster! Erlauchtester! Stern des Orients! Es sind Klagen zu uns gedrungen über die Einfuhr ausländischer Bücher. Es schreiben durch unseren Mund nicht nur die Händler mit Büchern und die Buchbinder zu dir, Herrlichster aller Herrlichen, um Hilfe empor, sondern auch die Besitzer und Züchter der Esel! Wie du, Erhabenster, in deiner unbegrenzten Vollkommenheit wissen wirst, ist das Papier leider noch nicht erfunden, und die Werke der Dichter und Gelehrten sind daher immer noch gezwungen, auf ungegerbter Eselshaut das Licht der Welt zu erblicken. Der einheimischen Produktion in beschriebenen und gebundenen Eselhäuten droht der Untergang, wenn die Zufuhr ausländischer Konkurrenz nicht schleunigst abgeschnitten wird. Wir haben daher einhellig beschlossen, dir, o Leuchte des Oasens, die Einföhrung eines bedeutenden Bücherzolls zu empfehlen! •

„Nicht einhellig!“ ließ sich da ein hohes Stimmlen vernehmen. „Ich bin für die Abschaffung der

Bücher überhaupt, weil sie nur die gute Sitte gefährden.“

Der Sprecher war der Bezir Schems en-Nahar al Marfawan, ein winziges dürres Männlein, der jedoch für den größten Moralathleten und Mucker des damaligen Kalifenreichs galt. Boshafte Zungen behaupteten von ihm, daß er in einem früheren Beruf Eunuch war.

„Mein lieber Schems!“ wendete sich der Kalif an seinen Minister. „Ich kann mich mit deinem Vorschlag nicht einverstanden erklären. Denn wenn wir die Bücher abschaffen, was fangen wir dann mit den alten Eseln an?“

Diese Worte wurden von den übrigen Mitgliedern der Deputation als eine beabsichtigte Anspielung aufgefaßt. Unter den spöttischen Blicken seiner Kollegen verließ Schems en-Nahar al Marfawan tief gekränkt den Thronsaal.

„Dmar!“ wendete sich der Kalif an seinen Leibsklaven. „Bringe mir eine Schale Mokka, daß ich mir dabei die Sache überlege. Leider sind die Zigaretten auch noch nicht erfunden. Eine duftige Dimitrino würde entschieden am anregendsten auf mein Gehirn wirken.“ setzte der Herrscher seufzend hinzu.

Der Sklave brachte den Kaffee, welchen der Kalif langsam ausschürfte.

Endlich ließ er sich zu seinen Räten vernehmen: „Wohleble! Ich billige euren Vorschlag und will einen Bücherzoll dekretieren. Wie euch bekannt sein wird, fasse ich jedoch jedes Übel an der Wurzel an. Ich bin fozusagen ein radikaler Geseßgeber!

Wozu also einen Zoll auf bereits fertige Bücher? Wir besteuern das Rohmaterial! Ihr versteht mich doch? Die Einfuhr von ausländischen Eseln! Das ist der wirksamste Schutz Zoll für das einheimische Buchgewerbe. Ein Buch steckt bald irgend ein Gauch und Betrüger — Allah verdamme ihn! — in eine feiner weiten Taschen und dreht unseren Zollbehörden eine Nase. Aber gleich einen ganzen Esel unter seinem Mantel über die Grenze zu schmuggeln, das dürfte auch dem geriebensten Gauner schwer gelingen! Gelingt es aber trotzdem einem, so verdient dieser Mann wegen seiner Schlaueit mein Großvezier zu werden!“

Die Räte des Kalifen waren schon während seiner Rede vor Begeisterung auf den Bauch gefallen.

Rufe wie: „Sonne des Weltalls! Ewig brennende Fackel! Rechte Hand des Propheten! Mittelpunkt des Erdkreises!“ wurden laut. . . .

Der Großvezier hatte, tödlichen Schreck im Herzen, den Palaß des Kalifen verlassen. Es stand ihm als drohendes Gespenst vor Augen, daß es irgend einem Schwindler gelingen könnte, unter seinem Mantel einen ausgewachsenen Esel über die Grenze zu schmuggeln. Dann bekam dieser Mann sein einträgliches Amt. Der Kalif hatte es doch ausdrücklich gesagt.

Noch am Abend desselben Tages schlich sich der hohe Würdenträger unter dem Schutze der einbrechenden Dunkelheit zu einem Sternbenter und Magier, der für besonders klug galt. Ihn fragte der Großvezier, wie er das Kunststück zustande

Seiten starken Jahresbericht der preussischen Regierung und Gewerbeberichte sind kaum ein Duzend kurzer Stellen, welche sich speziell mit unseren Industrien befassen, keine einzige, welche die Buchbinderei im engeren Sinne erwähnt. Auch das, was sich findet, ist meist nicht in hohem Maße bemerkenswert. Aus dem Regierungsbezirk Magdeburg wird gemeldet, daß einer Stufabrik die Verkürzung der Mittagspause auf eine halbe Stunde unter der Bedingung genehmigt wurde, daß die tägliche Arbeitszeit 9 Stunden nicht überschreiten dürfe. Derselbe Gewerbebericht teilte in dem Abschnitt Wohlfahrts-Einrichtungen mit, daß in der Stufabrik von Fritsche & Müller in Magdeburg seit Anfang des Jahres 1902 die Einrichtung besteht, daß sämtlichen erwachsenen und jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen ein Urlaub von 8 Tagen unter Weiterbezahlung des Lohnes bewilligt wird.

Etwas mehr enthält der Bericht über die Verhältnisse in der Kartonnagenfabrikation. Der Berliner Gewerbebericht meldet, daß in einzelnen Fabriken eines Bezirkes die Feierschichten wieder aufgehoben werden konnten, daß andere dagegen, zum Beispiel die uns besonders interessierenden Luxuspapier- und Kartonfabriken ihre Arbeitszeit noch verringern mußten, um Entlassungen zu vermeiden. In einer Kartonnagenfabrik der Provinz Pommern wurde ein Vorarbeiter gefunden, der seit 17 Jahren mit der Anfertigung von arsenhaltigem Fliegenpapier beschäftigt ist. Derselbe hat das Ansehen der Masse, das Bestreichen des Papiers und das Aufhängen der nassen Bogen zu besorgen, während die getrockneten Bogen von Arbeiterinnen abgenommen werden. Es wird dem Arbeiter Geld zur Beschaffung von Milch zur Verfügung gestellt, Waschgelegenheit ist vorhanden. Zähne und Zahnfleisch dieses Arbeiters fand der Aufsichtsbeamte stark angegriffen. Nur dem Umstand, daß während der Wintermonate die Fabrikation von Fliegenpapier ganz ruht, ist es wohl zuzuschreiben, daß eine ernstliche Erkrankung bis jetzt nicht eingetreten ist.

Ein weißer Hase unter den Unternehmern unseres Berufs ist Herr Hermann Süsmann von der Firma Kartonnagenfabrik W. Schmidt in Neufalz a. D. Derselbe hat beim Aufgeben des Gewerbeunternehmens allen zur Entlassung kommenden Beamten, Arbeitern und Arbeiterinnen den vierten Teil des Jahreslohns ausbezahlt und den älteren Beschäftigten fortlaufend Unterstützung zugesichert. Am Tage der BetriebsEinstellung gelangten etwa 65 000 Mk. zur Auszahlung. Das ist alles, was die Aufsichtsbeamten über eine so bedeutungsvolle Industrie wie die Kartonnagenfabrikation zu erzählen wissen.

Auch über die Luxuspapierfabrikation

erhalten wir wenig Aufschluß aus den Jahresberichten. Der Berliner Aufsichtsbeamte teilt mit, daß einer Luxuspapierfabrik für die Ausführung von Exportaufträgen eine Einschränkung der Sonntagsruhe gestattet wurde. Ferner ist in einer Luxuspapierfabrik eine Arbeiterin an Bleivergiftung erkrankt, weil sie die übliche Gewohnheit hatte, beim Kolozieren den mit Bleifarbe getränkten Pinsel in den Mund zu stecken.

In Berlin sind besondere Untersuchungen über die Lebenshaltung der Arbeiterinnen vorgenommen worden. Sie rechtfertigen auch in unserem Blatte ein näheres Eingehen auf die Ergebnisse. Sie bezogen sich unter anderem auf 150 Arbeiterinnen der Luxuspapier- und Kartonfabrikation wie der Buchbinderei. In der Luxuspapierfabrikation war die größere Anzahl jüngerer Kräfte auf. Während die durchschnittliche Dauer der gegenwärtigen Beschäftigungsart 3,3 Jahre betrug, war sie in der Papierverarbeitung etwas höher: 3,7 Jahre. Die durchschnittliche Arbeitszeit betrug 9,5 Stunden, in der Luxuspapierfabrikation erhöhte sie sich durch die zeitweise erhebliche Über- und Hausarbeit. Der durchschnittliche Wochenlohn der Berliner Arbeiterinnen betrug 11,86 Mk. Leider findet sich der Durchschnittslohn für die Arbeiterin unseres Berufs nicht angegeben, es ist nur bemerkt, daß 1 bis 2 Mk. des Verdienstes in der Papierverarbeitung auf Hausarbeit treffen. Von 132 Arbeiterinnen der Luxuspapierfabrikation gaben 18 an, Hausarbeit zu leisten. Von 150 in der Papierverarbeitung Tätigen wohnten 109 bei den Eltern beziehungsweise Verwandten, bloß 19 hatten eigene Zimmer. Die Hausarbeit, die von zurückgebliebenen Sozialpolitikern gerade im Interesse des Familienlebens gelobt wird, ist, wie die Fabrikationsaufsichtsbeamten feststellen, oft die Veranlassung, daß die Arbeiterinnen sich von der Familie trennen, in deren beschränkten Räumlichkeiten sie nicht erwerbstätig sein können, was sie veranlaßt, eigene Wohnungen zu beziehen. Über die traurigen Zustände in den Schlafstellen geben die folgenden Angaben, die sich auf alle Arbeiterinnen beziehen, einigen Aufschluß. Von 832 Arbeiterinnen benutzten nur 169 (20,3 Prozent) einen Raum allein, 193 (23,2 Prozent) einen solchen mit einer Person zusammen und 470 (56,5 Prozent), also weit über die Hälfte, mit mehreren Personen. In einer Gewerbeinspektion, welche 384 Arbeiterinnen befragt hat, wurden folgende ungünstige Zahlen gefunden. Wenn die Eltern der Arbeiterinnen eine Stube mit Küche bewohnten, so wurden diese Räume in 44 Fällen von 5 bis 6 Personen (einschließlich Schlafburschen) benutzt. Wohnungen von 2 Stuben und Küche wurden in 34 Fällen von 6 bis 7 Personen und in 23 von 7 bis 11 Personen genutzt. Schlaf-

stellenvermieter besetzten Wohnungen von Stube und Küche in 2 Fällen mit 4 bis 5, in 8 Fällen mit 6 bis 8 Personen und Wohnungen mit 2 Stuben und Küche in 15 Fällen mit 5 und in 10 Fällen mit 6 bis 10 Personen; auch hier waren Schlafburschen vorhanden. Die Mädchen müssen oft mit dem Vater und Bruder in einem Zimmer schlafen; 5 teilten das Bett mit einem anderen Mädchen. Diese letzte Zahl ist, wie der Gewerbeinspektor behauptet, sicher zu niedrig, da dieser Übelstand häufig vorkommt; er wird jedoch nicht gern erwähnt. Die Preise, welche die Arbeiterinnen für Wohnungen bezahlen, beträgt im Durchschnitt von 461 Angaben 1,79 Mk. Die niedrigsten Preise waren 75 Pf., die höchsten 3 Mk. Diese Zahlen erscheinen sehr hoch, weil sie die 156 Arbeiterinnen, welche ganze Pension zahlen, oder bei den Eltern wohnen und zu den geringgelohnten zu zählen sind, nicht berücksichtigen. Der Preis für die gesamte Kost (Haupt- und Nebenmahlzeiten) betrug für 568 Arbeiterinnen (ausschließlich wieder derjenigen mit ganzer Pension) 6,77 Mk. Sehr interessant sind die in einer Inspektion gesammelten 38 genauen Angaben über die Ausgaben für Nebenmahlzeiten; diese schwanken von 1,55 Mk. bis 4,20 Mk. und betragen im Durchschnitt 3,05 Mk.; es handelt sich auch hier nur um Arbeiterinnen, welche in Schlafstellen oder eigener Wohnung untergebracht werden. In diesen Kreisen ist der Morgenkaffee mit 75 Pf. angerechnet, so daß für die Hauptmahlzeiten im Durchschnitt rund 3 Mk. übrigbleiben. Für die Nebenmahlzeiten beschafften die 38 Arbeiterinnen Schwarz- und Weißbrot für 25 Pf. bis 1 Mk. (im Durchschnitt für 48 Pf.), Butter für 40 Pf. bis 1,60 Mk. (im Durchschnitt 85 Pf.), Milch für 10 Pf. bis 1,40 Mk. (im Durchschnitt für 56 Pf.), Kaffee für 25 Pf. bis 1 Mk. (im Durchschnitt für 38 Pf.), Obst, Wurst, Käse und Bier für 30 Pf. bis 2 Mk. (im Durchschnitt für 92 Pf.). Zucker kauften nur etwa 15 im Durchschnitt für 20 Pf. 4 gaben an, daß zur Beschaffung von Zucker der Verdienst nicht ausreichte. Dieselbe Angabe machten je 2 bei Milch, Pelag etc. Kuchen und Kakao kauften nur 2 beziehungsweise 4. Die vorstehenden Angaben für Verköstigung können jedoch nur für die Zeit normaler Verhältnisse Geltung haben. Gewöhnlich hat die Arbeiterin nicht genug gespart, wenn Miete gezahlt oder Kleider gekauft werden müssen. Dann muß sie die Ausgaben für das Essen beschränken, und sie geht damit auf 5, ja auf 2 bis 3 Mk. herunter. Um den Frühstück zu sparen, trinken einzelne Arbeiterinnen ihn erst zum Frühstück in der Fabrik. Die Gesamtkosten für Wohnung und Essen betragen bei 867 Arbeiterinnen im Durchschnitt 7 Mk. 62 Pf. Von 900 Arbeiterinnen hielten 402 zu Mittag, 498, also die Mehrzahl, am Abend

bringen könne, einen ganzen Esel unter seinem Mantel über die Grenze zu schmuggeln. Denn wenn ihm das gelänge, dann wäre seine Stellung fester als je.

Der Magier zog die Augenbrauen in die Höhe und sprach: „Nichts leichter, als das! Du gehst ohne Mantel von hier über die Grenze und kehrt dann, in deinem Mantel gehüllt, wieder in das Reich des Kalifen zurück!“

Auf eine nähere Erklärung dieses Orakelspruchs wollte sich der Magier nicht einlassen. Der Großvezier vermochte auch zeitweilen den Sinn des ihm gewordenen Ratsschlages nicht zu ergreifen, so eifrig er im Schweiße seines Angesichtes darüber nachdachte. . . .

Schon am nächsten Tag war der Bicherzoll im Kalifat Abul-Hasans eingeführt. Und das in der radikalsten Art dieses vortrefflichen Herrschers. Der Zoll betrug nämlich genau so viel, als das Gewicht des zu importierenden Esels in Gold ausmachte.

Daß niemand so verrückt war, einen ganzen Esel nur wegen seiner Haut mit Gold aufzuwiegen, versteht sich von selbst.

Die Wirkungen des dem Rohmaterial auferlegten Bicherzolls ließen nicht lange auf sich warten. Die Preise der einheimischen Esel stiegen ins Unerwartete, jedoch immer noch nicht so hoch, daß diese teurer geworden wären, als ein ausländisches Grautier.

Die Besther und Züchter des Rohmaterials, in erster Linie aber die Händler mit Büchern, er-

warben große Reichtümer. Sogar für die Dichter und Gelehrten soll hier und da etwas abgefallen sein.

Die Besserung ihrer Lage erklärt es wohl, daß ihre Schaffenskraft immer intensiver wurde, während trotz aller Sorgfalt die Zahl der einheimischen Esel im gleichen Verhältnis abnahm.

Eine andere nationalökonomische Begleiterscheinung dieses Aufschwunges der Literatur darf nicht unerwähnt bleiben. Ein spekulativer Kopf grübelte von den für das Buchgewerbe nicht verwendeten Abfällen des Rohmaterials eine Wurstfabrik und schuf damit für einige Zeit eine ebenso schmackhafte als billige Volksnahrung.

Vielleicht läßt sich diese obige Meldung von der Besserung der Lage der Poeten und sonstigen Bicherschreiber durch diese Wurstfabrik am leichtesten erklären.

Alles hat ein Ende. Auch die größte Gelei. So kam der Tag, wo der letzte Meister Langohr behufs Herausgabe eines neuen Bandes Eselen des Dichters Ramac es Saman geschlachtet werden mußte.

Neuerdings und noch viel stärker drangen die Klagen der Buchhändler und Buchbinder zu den Ohren des Kalifen.

In diesen Jammerchorus mischten sich nicht minder laut die Stimmen der Poeten. Denn mit den billigen Wurstfellen hatte es ebenfalls schon längst ein trauriges Ende genommen.

Da entschloß sich der Kalif Abul-Hasan, nachdem er reiflich nachdenkend schier ein halbes Duzend

Eselen Mokka ausgeschlachtet hatte, den bis zu jener Zeit gesetzlich noch immer bestehenden Unterschied zwischen der Bierfäßigkeit und der Zweibeinigkeit der Esel aufzuheben.

Kalif Abul-Hasan war eben stets für das Radikale.

Die Wirkung dieser Verordnung war eine noch weit gewaltigere, als die des ersten weisen Entschlusses Abul-Hasans. Die einheimische Bicherproduktion stieg ins Fabelhafte; denn das Rohmaterial war plötzlich, wenigstens für eine gewisse Spanne Zeit, fabelhaft billig geworden.

Die Buchhändler waren in der Lage, statt der früheren teuren Ausgaben der Lieblingsdichter billige Volksbibliotheken herauszugeben und machten trotzdem ein Riesengeschäft.

Etwas überrascht war der Kalif allerdings, da er eines Tages seinen Begier Semis u. s. w., den Moralatheten, in Gestalt eines zierlich gebundenen Buches überreicht bekam.

Und was war das für ein Buch! Ein Band Liebeslieder voll der glühendsten Simulachtheit! Wenn das der Semis u. s. w. bei Lebezeiten geahnt hätte, dann würde er seine buchgewerbliche Verarbeitung sehr vereinfacht haben. Er wäre jedenfalls vor moralischer Entrüstung freiwillig aus der Haut gefahren.

Der Kalif vertiefte sich in die Lektüre des Bandes und gewann anlässlich dieses unerwarteten Wiedersehens mit seinem ehemaligen Minister die feste Überzeugung, daß sich derselbe entschieden zu seinem Vorteil verändert hatte.

ihre Hauptmahzeiten. Von 890 Arbeiterinnen nahmen 706 ihre Mahlzeit zu Hause, 84 in der Fabrik und 100 im Gasthaus, Kochschule oder Volksschule. Die meisten Arbeiterinnen gaben an, fast täglich warmes Essen zur Hauptmahzeit zu erhalten, nur 3mal oder seltener erhielten es 37 Arbeiterinnen. Öfter wird über das bei der Mahlzeit Gebotene geklagt. Von alleinstehenden Arbeiterinnen wird meist Kartoffel- oder Reissuppe gekocht oder man ißt Eier oder gehacktes Fleisch mit Kartoffeln. Sonst gibt es Fleisch nur an Sonntagen, namentlich auch in der Familie, hier müssen die Arbeiterinnen oft gegenüber den männlichen Mitglieðern zurückstehen. Der Gewerbeinspektor bemerkt, „diese Ernährung ist als unzureichend anzusehen, die oben mitgeteilten Zahlen über den Genuß warmen Essens geben augenscheinlich ein zu günstiges Bild.“ Die Ausgaben für die Kleidung betrafen viel zu wenige Arbeiterinnen, um ihnen Bedeutung beimessen zu können. Für Wäsche zahlten 200 Arbeiterinnen 66 Pf. Für Feuerung 79 Arbeiterinnen im Durchschnitt 54 Pf. und für Licht 119 Arbeiterinnen im Durchschnitt 26 Pf. Diese Ausgaben beziehen sich auf die Arbeiterinnen mit eigenem Zimmer und zum Teile auf die mit Schlafstelle. 197 Arbeiterinnen, über  $\frac{1}{2}$  derselben, hatten Unterstüßungen und Unterhaltungskosten für Verwandte und Kinder zu zahlen. Steuern wurden von 10 Prozent der Arbeiterinnen im Betrag von 8 Pf. pro Woche bezahlt. Etwas über  $\frac{1}{2}$  der Arbeiterinnen vermindert ihre Lebenshaltung so stark, daß sie Ersparnisse machen können. Eine fast ebenso große Anzahl von Arbeiterinnen hat Schulden abzutragen. 233 Arbeiterinnen geben durchschnittlich 1 Mt. für Vergnügungen am Sonntag aus, eine Anzahl gehören Vereinen an, zu denen sie 10 Pf. pro Woche bezahlen. Während einige die Versammlungen der Heilsarmee besuchen, so andere die freie Volksschule. Die meisten verbringen den Abend zu Hause und zwar vielfach mit gewerblicher Arbeit. Die Fortbildungsschulen besuchen nur wenige, weil die Zeit hierzu fehlt. 78 Arbeiterinnen machten Angaben über durchschnittliche Ausgaben von 88 Pf. pro Woche für das Jahrgeld.

Der Fabrikinspektor konstatiert, daß der Durchschnittsverdienst knapp ausreicht, um die unentbehrlichsten Bedürfnisse zu befriedigen. Über die Lebenshaltung während der Zeiten der Arbeitslosigkeit war nichts Genaueres zu erfahren.

Betrachten wir noch im besonderen auf Grund der Tabellen die Verhältnisse der ungelerten verheirateten Arbeiterinnen in der Papierverarbeitung. Ihr Durchschnittsalter war 21,2 Jahre, 6 waren noch nicht 16, 73 16 bis 21 und 71 über 21 Jahre alt. Im Durchschnitt waren sie 3,7 Jahre im gleichen Beruf tätig, 24 noch nicht  $\frac{1}{2}$  Jahr, 12:

Die gleiche Überzeugung besetzte den edlen Herrscher noch öfter. Denn fast alle seine Räte, darunter auch der Großvezier, gingen mit der Zeit den Weg des Buchgewerbes.

Das verantwortliche Kollegium seiner Regierung, das früher so gern vor ihm auf dem Bauche lag, stand nun in schmucken Bänden verschiedener Größe im Schlafzimmer des Kalifen. Abul-Hasan aber fand auf einem einzigen Blatt seiner verwandelten Räte mehr Weisheit, als früher in ihrem gesamten Kollegium.

Jedoch auch hier nahte das Ende. Das Rohmaterial ging abermals aus.

Abermals drang der Schrei um Hilfe zu Kalif Abul-Hasan.

Der aber strich sich zufrieden lachend den Bart, nahm nur einen kleinen Schluck aus der Mokka- tasse und sprach, ohne lange zu überlegen:

„Nun hebe ich den Büchergoll wieder auf! Nur herein mit dem ausländischen Rohmaterial! Jetzt hat unsere Literatur keine Konkurrenz mehr zu besürchten! Wer will es auch mit dem Geistesleben eines Landes aufnehmen, in dem es keinen einzigen Esel mehr gibt! Allah ist groß. Salem Meikum!“

Auf diese Weise begründete Kalif Abul-Hasan die Blütezeit der arabischen Literatur, was leider in Vergessenheit geriet und hiemit endgültig festgestellt sei.

„Wiener Neue Freie Presse.“

$\frac{1}{2}$  bis 1 Jahr, 22: 1 bis 2 Jahre, 92 über 2 Jahre. Die Arbeitszeit betrug im Durchschnitt 9,2 Stunden, bei einer  $\frac{7}{10}$  bis 8 Stunden, bei 93: 8 bis 9 Stunden, bei 56: 9 bis 10 Stunden. Der Durchschnittsverdienst war 11,55 Mt., bei einer unter 6 Mt., bei 10: 6 bis 8 Mt., bei 40: 8 bis 10 Mt., bei 35: 10 bis 12 Mt., bei 44: 12 bis 15 Mt., bei 17: 15 bis 20 Mt., bei 3: 20 bis 30 Mt. 10 Arbeiterinnen hatten einen Zuschuß von Eltern oder von Verwandten, 7 von anderer Seite. 18 hatten Nebenverdienst durch Hausarbeit. 101 wohnten bei den Eltern, 8 bei Verwandten, 22 auf Schlafstelle, 19 in eigenem Zimmer. 133 schliefen in je einem Zimmer, 10 in Küchen, eine in einer Bodenkammer, 2 in sonstigen Räumen; 25 schliefen allein in einem Raume, 58 mit einer Person, 93 mit mehreren Personen. Der wöchentliche Preis für die Miete war 1,74 Mt., bei 14 lag er zwischen 75 Pf. und 1 Mt., bei 15 zwischen 1 Mt. und 1,50 Mt. bei ebensovielen zwischen 1,50 und 2 Mt., bei fünf zwischen 2 und 2,50 Mt., endlich bei 14 zwischen 2,50 Mt. und 3 Mt. Im Durchschnitt wurde für die ganze Kost 6,63 Mt. ausgegeben, von 27 weniger wie 6 Mt., von 26: 6 bis 7 Mt., von 14: 7 bis 8 Mt., von 10 über 8 Mt. Die Gesamtkosten für Wohnung und Essen betragen 7,76 Mt., bei 32 weniger wie 6 Mt., bei 28: 6 bis 7 Mt., bei 26: 7 bis 8 Mt., bei 21: 8 bis 9 Mt., bei 20: 9 bis 10 Mt., endlich bei 13 über 10 Mt. Die Hauptmahzeit fiel bei 40 auf die Mittagszeit, bei 113 auf den Abend, bei 116 wurde sie zu Hause eingenommen, bei 15 in der Fabrik, bei 13 im Gasthaus. Drei hatten höchstens 3 mal in der Woche warmes Essen. 121 öfter als 3 mal.

Diese amtliche Darlegung der Lage der Arbeiterinnen in den Papierverarbeitungsindustrien zeigt deutlicher als manche Agitationsrede die Notwendigkeit, sich zu organisieren, sich dem Deutschen Buchbinderverband anzuschließen. Nur auf dem Wege der Organisation werden diese tief traurigen Zustände geändert werden können, werden die Arbeiterinnen sich lebenswürdige Verhältnisse erringen können.

### Reminiszenzen.

Die im vergangenen Jahre begonnene Diskussion über die Verschmelzung der Zentralkranken- und Begräbnis-Kasse der Buchbinder mit dem Verband wurde im vergangenen Jahre mit erhöhtem Interesse weitergeführt. Dieser von einem Kollegen B. S. in Nr. 40 der „Buchbinder-Zeitung“ von 1902 erneut angeregte Plan erhielt durch eine auf dem Gantag in Essen zur Annahme gelangte Resolution, eine erhöhte Bedeutung. Die gleiche Resolution gelangte auf dem Gantag in Charlottenburg und in einer Mitgliederversammlung in Hannover nach gehaltenen Referaten über dies Thema zur Annahme. In Nr. 2 der „Buchbinder-Zeitung“ beschäftigt sich ein Artikel mit der Krankenunterstützung in den Gewerkschaften. Nach der in dem Artikel befindlichen Zusammenstellung gaben fünfzehn Gewerkschaften 772 587 Mark für Unterstützung der Mitglieder in Krankheitsfällen aus, darunter der Buchbinderverband allein in 537 732 Mark. Bei letzterem ist zu beachten, daß die Bezirkskrankenkassen des Verbandes freie Hilfskrankenkassen im Sinne des Gesetzes sind. (Ist bei keiner derselben zutreffend. D. Red.) Bei einigen anderen in dem Artikel genannten Gewerkschaften ist dies nicht der Fall, sondern dort bildet die gezahlte Unterstützung einen Zuschuß zu dem von der Orts-, Betriebs- und sonstigen Krankenkasse gezahlten Krankenunterstützung. Nachdem sich noch mehrere Einsendungen und Mitgliedschaftsversammlungen, sowie der Gantag in Jülich mit dieser Frage befaßt, konnte es nicht ausbleiben, daß die Mitglieder der Zentralkrankenkasse sich dazu äußerten. Die Ortsverwaltungen in Leipzig und Berlin beriefen außerordentliche Hauptversammlungen ein, um die Meinung der Mitglieder zum Ausdruck kommen zu lassen. Die vorgenommene Abstimmung ergab, daß in Leipzig von zirka 800 Anwesenden 3 für die Verschmelzung, in Berlin von 671 Mitgliedern 19 mit Ja, 650 mit Nein stimmten. Nicht außer acht zu lassen bei Beurteilung dieser Frage ist, daß der größte Teil der in der Versammlung Anwesenden beiden Organisationen angehört. Die später einge-

laufenen Berichte über die Beratung dieses Themas aus Stuttgart, Hamburg, München, Braunschweig, Leipzig und vom Gantag in Lübeck fanden sich mit der derzeitigen Undurchführbarkeit der Verschmelzung ab, den Verbandsvorstand beauftragend einen Entwurf zur Einführung von Krankenunterstützung dem nächsten Verbandstag vorzulegen. Hatte sich der Verbandsvorstand bisher zu dieser Frage offiziell noch nicht geäußert, so ist ihm durch die in vorgenannten Orten gefaßten Resolutionen eine Arbeit zugewiesen, welche volle Beherrschung der Kassentechnik im Krankenversicherungswesen erfordert. Innerhalb der Beratungen wurde auf die als notwendig empfundene Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung hingewiesen, sowie auch auf das von dem letzten Verbandstag abgelehnte Sterbegeld; ein weiterer Vorschlag, Invalideunterstützung einzuführen, wird kaum auf Annahme rechnen können. Die auf das ganze Unterstützungswesen ausgehende Diskussion wird voraussichtlich durch den nächsten Verbandstag, auf welchem diesem nicht unbedingten Drängen nach Verbesserung der Unterstützungseinrichtungen Rechnung getragen wird, abgebrochen, um dann später wiederzukehren und so den natürlichen Entwicklungsgang der Unterstützungseinrichtungen in den Gewerkschaften zeichnend.

Die bereits im vergangenen Jahre lebhaft diskutierte Staffelleistungsfrage wird durch einen Artikel in Nr. 12 unserer Zeitung wieder ausgerollt, auch hier werden sich Stimmen für und gegen auf dem Verbandstag vernehmen lassen. In dem Artikel wird in Vorschlag gebracht, die Hilfsarbeiter auf Wunsch mit dem Beitrag der weiblichen Mitglieder in die Organisation aufzunehmen. Mit anderen Worten: eine fakultative Beitragsklassifizierung einzuführen. Während man in der Diskussion dieser Frage die krassen Unterschiede in der Entlohnung der Buchbinder hervorhob, um Sympathie für den Staffelleistung zu erwecken, weicht der Verfasser hiervon ab, um für eine Klassifizierung mit den in einigen Orten milder gut bezahlten Hilfsarbeitern zu operieren. Dieser „Vorschlag zur Güte“ ist so wenig akzeptabel, so daß es besser ist, daß, wenn sich eine Mehrheit für Klassifizierung findet, die nach dem Verdienst durchgeführte zur Annahme gelangte. Eine Tendenz, welche hervorgehoben zu werden verdient, steckt hinter den Vorschlägen, die Beiträge zu Staffeln oder Klassen einzuführen.

Das ist die Tendenz für Berufs- oder Lohnsklaven, die jetzt bestehenden Beiträge zu verringern, darin eine Erleichterung der Agitation erblickend. Man beabsichtigt — und das geht auch aus diesem Artikel hervor — den Beitrag nach dem Verdienst zu bemessen, während es Aufgabe einer modernen Anschauungen huldigenden Organisation sein soll, den Verdienst nach dem Beitrag zu nivellieren. Der schon des öfteren nach Beitragserhöhung zutage getretene moralische Effekt, in geschlossener Anzahl um höhere Löhne zu kämpfen, wird dadurch unterdrückt, daß man eine Klassifizierung oder Staffellung der Beiträge einführt, bei denen man mit den jetzigen, stellenweis miserablen Löhnen rechnet. Des öfteren ist bei der Erörterung der Staffellungsfrage, um die Zweckmäßigkeit des Staffelleistungs zu beweisen, der Maurerverband angeführt worden, woselbst derselbe eingeführt ist. Der Zentralverband der Maurer besitzt die Beitragsstaffellung, aber was bisher nicht erwähnt ist: keine Arbeitslosenunterstützung. Somit erfüllen die an Orten mit guten Löhnen beitragsleistenden Mitglieder jenes Verbandes eine solidarische Pflicht, jenen an Orten mit geringeren Löhnen beitragszahlenden Mitgliedern gegenüber bei der Ansammlung des Verbandsvermögens, welches bei den Maurern, deren Arbeitgeberorganisation der Herd der Scharfmacher ist, lebendig Kampffonds bildet. Hier zeigt es sich, daß die Bessersituierten für die minder gut Situierten dadurch eintreten, daß sie einen höheren Beitrag leisten als diese. Anders würde die Sache bei uns kommen, da würde bei Einführung einer Staffellung oder Klassifizierung der Beiträge eine nach den Beiträgen und Zahl der Beiträge bemessene Karenz und Unterstützungshöhe normiert. Einer Einführung der Beitragsstaffellung verbunden mit Staffellung der Arbeitslosenunterstützung das Wort reden, hieße in unserer Organisation eine Scheidung zwischen besser und minder gutgestellten Mitgliedern herbei-

führen. Anders verhält es sich mit dem durch langjährige Mitgliedschaft erworbenen Rechte auf einen höheren Unterstützungssatz. Dies geschieht, um die Mitglieder an die Organisation zu fesseln und die Stabilität derselben zu erhöhen und das; wie die Mitgliederstatistik seit bestehen des Verbandes zeigt, mit Erfolg.

Berlin.

E. K.

### Korrespondenzen.

**Stuttgart.** Die Mitgliederversammlung vom 27. Juni beschäftigte sich mit der Tarifbewegung und den dazu gestellten Resolutionen der drei Städte.

Der Vorsitzende Schröter wies einleitend darauf hin, daß nach seiner Auffassung die in den drei Städten gestellten Resolutionen, über die in Leipzig am 8. Juni getroffenen Abmachungen hinausgehen, namentlich hätten die Berliner und Leipziger wohl die Rechnung ohne den Wirt gemacht, denn die vereinbarte Resolution fordere zunächst bedingungslose Zustimmung der Tarifverlängerung auf drei Jahre und lasse dann erst die Stellung von Abänderungsanträgen zu. Er habe sich schon in der öffentlichen Versammlung gegen diese Art der Abmachung ausgelassen. Für ihn sei die Tarifbewegung jetzt noch nicht abgeschlossen, da die Prinzipale auf Grund der Resolutionen nicht verhandeln werden; nur für die Stuttgarter sei einige Aussicht auf eine Erhöhung der Stundenlöhne vorhanden, da diesen in der Verhandlung schon halb und halb die Zusage gemacht worden sei.

Dietrich erklärt des Vorredners Ausführungen als durchaus zutreffend und den Gedankengang der Verhandlungen als richtig wiedergegeben. Die in der Verhandlung mit den Prinzipalen angenommene Resolution verlangt zunächst eine bedingungslose Zustimmung für eine Verlängerung des jetzigen Tarifs auf drei Jahre und läßt dann erst die Stellung von Anträgen zu, die aber ausschließlich redaktioneller Natur sein dürfen oder fehlerhafte Positionen des Tarifs verbessern können. Die Gehilfenvertreter haben ihre Zustimmung dazu von den Beschlüssen der Versammlungen abhängig gemacht. Nun diese einer bedingungslosen dreijährigen Verlängerung nicht zugestimmt haben, sei eine andere Situation geschaffen, die keine Aussicht auf eine friedliche Lösung bietet. Die Prinzipale hätten recht, wenn sie bemerkten, daß jetzt von uns aus eine andere Situation geschaffen worden wäre und ein gestern an unseren Verbandsvorstand gerichtetes Schreiben wisse darauf hin und verlange, daß wir uns in dem Rahmen der Beschlüsse halten sollten. Wenn also an den gestellten Bedingungen zur dreijährigen Verlängerung festgehalten wird, dann würde das eintreten, was in den Verhandlungen die Prinzipale erklärt haben: Daß wir auf Grund der beiderseitig einzureichenden Anträge zu neuen Verhandlungen kommen. — Nur die Stuttgarter hätten einige Aussicht auf eine Erhöhung der Stundenlöhne gehabt, wenn gleich er der geäußerten Meinung widersprechen müsse, als hätte Herr Grünlein schon seine Zustimmung dazu gegeben; das sei keineswegs geschehen. Die Leipziger, namentlich aber die Berliner Resolution, hätte nicht so gehalten werden dürfen, wenn wir es nicht zum Bruche kommen lassen wollen.

Vender hält ebenfalls die Forderungen der Leipziger und Berliner nicht im Rahmen der getroffenen Abmachungen zulässig, zumal von den Leipziger und Berliner Delegierten keiner in der Verhandlung auf eine Erhöhung der Stundenlöhne hingewiesen habe, nur von Stuttgart aus sei das geschehen, die deshalb darauf rechnen konnten, wenn auch Herr Grünlein sich für nicht autorisiert erklärte, für die Herren Stuttgarter Prinzipale seine Zustimmung geben zu können. Die Berliner und Leipziger sollten auf die Stundenlohnerhöhungen verzichten, um, wie früher verabredet, den Stuttgarter ein Nachkommen zu ermöglichen.

Gauweisen erklärt vor einer völlig veränderten Situation zu stehen, die durchaus einer Klärung bedarf. Er hatte bis vor wenigen Tagen die Auffassung, daß es auch uns möglich wäre, Abänderungsanträge in beschränkter Form zum Tarif stellen zu dürfen, die Prinzipale bestreiten uns dieses Recht aber und verlangen bedingungslose Zustimmung. So hätte man die Situation in der Tarifkommissionssitzung in der öffentlichen Versammlung nicht ge-

schildert und die dort angenommene Resolution sei demzufolge unrichtig, man hätte dann erst darüber müssen abstimmen lassen, ob wir mit einer bedingungslosen Verlängerung einverstanden seien, und bei Ablehnung dessen hätte man erst die Bedingungen für eine Verlängerung erheben können. Ohne eine Erhöhung der Stundenlöhne können aber die Stuttgarter einer Verlängerung auf drei Jahre nicht zustimmen. Auch unsere Forderungen bezüglich des Vorwortes müßten bestehen bleiben, denn sonst gehe der alte Schlandrian weiter; wir hätten wohl einen schönen großen Tarif mit vielen Zahlen, der aber vielfach nicht eingehalten wird. — Nach dem prozigen Standpunkt der Prinzipale sei auf einen Streit mit ziemlicher Bestimmtheit zu rechnen.

Schmidt erklärt, daß man es den Leipziguern und Berlinern doch nicht als Fehler anrechnen könne, wenn diese dasselbe Recht für sich in Anspruch nehmen, wie die Stuttgarter, sie leiden genau unter denselben Mißständen der Lohnarbeit gegenüber der Akkordarbeit wie die Stuttgarter, und es sei deshalb begründlich, wenn sie eine Erhöhung der Stundenlöhne fordern und nicht völlig ergebnislos aus der Tarifkampagne hervorgehen wollen. Er müsse weiter der Meinung Ausdruck geben, die er schon in der Zeitung geäußert habe, daß die in den Resolutionen gestellten Forderungen im Rahmen der Abmachungen sich bewegen, die Forderungen zum Vorwort birgen keinerlei materielle Forderungen in sich, und aus den Verhandlungen konnte man das Gefühl mit nach Hause nehmen, daß die Prinzipale einer kleinen Erhöhung der Minimallohne zustimmen werden, wenn diese Bedingung auch nicht in einer Resolution festgelegt, sondern nur durch Anfrage und Antwort unverbindlich erörtert wurde. Wenn die Prinzipale einigermaßen den guten Willen zu einem friedlichen Abschluß hätten, könnten sie jetzt auf Grund dieser Resolutionen sehr wohl mit uns verhandeln.

Rehberg meint gegenüber der Ansicht Schmidts, daß er es menschlich begründlich findet, wenn die Leipziger und Berliner Erhöhungen verlangen, es frage sich aber nur, ob es taktisch richtig wäre. Er hatte nach den Verhandlungen die Meinung, daß nur die Stuttgarter auf eine Erhöhung der Stundenlöhne rechnen konnten, wir sollten den Leipziger und Berliner Löhnen näher kommen, um dann gemeinschaftlich einmal mehr zu verlangen; so ähnlich habe sich auch schon Psilze geäußert.

Ein nachfolgender Redner erläutert, wie in einer der größten Werkstuben der Tarif umgegangen würde. Beim Pressen werden die Posten so gegeben, daß die Prozentabzüge in Abzug gebracht werden können, die im Tarif festgesetzten Prozentzuschläge würden aber durch Erhöhung der Arbeitsposten um wenige Stück umgegangen. Es wäre deshalb eine große Zumutung, einer bedingungslosen Verlängerung zuzustimmen, ohne auf eine Abstellung dieser Mißstände dringen zu können. — Ein anderer Redner spricht für Erhöhung des Stundenlohns, da derselbe in Stuttgart schon als Maximal-, nicht als Minimallohn gilt. Das Ansprechen des Verbandsvorstandes haben die Prinzipale vielleicht als Schwäche ausgelegt, sie würden sich aber täuschen, die Kollegen würden ihren Mann stellen.

Dietrich konstatiert nochmals, daß jetzt keine neue Situation geschaffen sei und Anträge nur während der Verhandlungen zulässig seien, wogegen Gauweisen geltend macht, daß dann die Stuttgarter Delegierten die öffentliche Versammlung nicht genau unterrichtet hätten und auch anscheinend die Berliner und Leipziger nicht auf dem Standpunkt Dietrichs ständen, sonst hätten deren Resolutionen anders lauten müssen. Hiergegen bemerkt nochmals Dietrich, daß er schon in der nach den Verhandlungen stattgefundenen Leipziger Vertrauensmännerführung das Resultat der gemeinsamen Sitzung mit den Prinzipalen so dargestellt habe wie heute auch, wenn die Referenten in der Stuttgarter Versammlung das nicht zum Ausdruck gebracht haben, so bedauere er dies, er war leider durch die Wahlbewegung abgelenkt, in der öffentlichen Versammlung zu erscheinen, sonst hätte er dieser Ansicht auch hier Ausdruck verliehen.

Die Delegierten Vender und Schopper verteidigen sich gegen den Vorwurf der nicht präzisen Berichterstattung, erstere macht nochmals genaue Mitteilungen über die Verhandlungen, während letzterer erklärte, daß nach seiner Meinung die Situation

nicht verändert sei, bestrebt hätte es ihn nur, daß der Verbandsvorstand die Extrasteuer inhibiert hat.

Gauweisen bemerkt dem gegenüber, daß nach den Berichten die Meinung erweckt werden müßte, daß es zu einer friedlichen Lösung kommen müßte, nach der jetzt geschilderten Situation, die nun heute erst geklärt sei, liege eine Wahrscheinlichkeit dafür nicht vor, man hätte dann nicht schon so frühzeitig die Friedensschalmei blasen sollen, wenn diese heute geäußerte Ansicht bei den Delegierten und dem Verbandsvorstand obgemalt hätte.

Nach einigen weiteren Äußerungen der an der bisherigen Debatte Beteiligten, wobei Schröter die Meinung äußert, daß er an eine Zuficherung der Stundenlohnerhöhung schon in der öffentlichen Versammlung nicht geglaubt habe, wird der zum zweitenmal eingereichte Antrag auf Schluß der Debatte angenommen.

Eine erregte kurze Debatte entspann sich hierauf noch über eine gegen Buchbindermeister Psau vorgebrachte Klage, die zur Feststellung der Tatsachen dem Vorstand überwiesen wurde, zumal Psau seit vielen Jahren Verbandsmitglied ist.

**Hannover.** Am 20. Juni tagte eine gut besuchte Mitgliederversammlung. Die Tarifkommission unterbreitete derselben die allgemeinen Bestimmungen zum Lohn- und Akkordtarif, der hier am Orte eingeführt werden soll. Goppert referierte über die Notwendigkeit, hier am Orte bei Akkordarbeit eine gerechte, einheitliche Entlohnung einzuführen. Zunächst müßte der Anfangslohn erhöht werden, um den jetzigen Existenzbedingungen der Arbeiter zu entsprechen. Zur Geschichte des Tarifs führte Goppert kurz an: Schon im Jahre 1896 versuchten einige Kollegen einen Akkordtarif auszuarbeiten, gaben es jedoch angesichts der Schwierigkeiten, die sich gleich einstellten, bald auf. Damals wollte man die Preise nach der Ausführung des Einbandes und nach dem Format festlegen. Bei den verschiedenen Arbeitsmethoden, die man in den Kontobuchfabriken findet, kam man bei ähnlicher Ausstattung des fertigen Buches zu ganz verschiedenen Resultaten. Auf diese Art und Weise wurde nicht das Richtige gefunden. Die seit 1900 tätige Tarifkommission macht es praktischer, die Arbeit wurde detailliert; dabei ist der Preis für jeden einzelnen Vorgang bei der Herstellung des Buches, z. B. Ansehen, Überziehen, Deckenmachen, unter Mitwirkung von Kollegen, die diese Arbeiten machen, festgesetzt. Auf diese Weise erhielt man Angaben, die in jeder Werkstube praktische Anwendung finden können. Die Tarifkommission macht jedoch keinen Anspruch darauf, etwas Unfehlbares geschaffen zu haben. Im Laufe der Zeit werden sich die kleinen Mängel zeigen, die noch ausgemerzt werden müssen. Ob dieser Tarif in Hannover ganz eingeführt werden kann, darüber äußerte sich der Referent: daß es nur an den Hannoverschen Kollegen liege um dies zu erreichen und hier bessere Zustände zu schaffen. Es ist ein Leichtes, geordnete Verhältnisse zu schaffen, wenn die Kollegen und Kolleginnen geschlossen zusammenstehen und einmütig zusammenhalten. 1896 sind die Leiter der Lohnbewegung durch das Verhalten der Kollegen während derselben sehr enttäuscht gewesen. Bei der allgemeinen Lohnbewegung von 1900 hat Hannover geschlafen. In letzter Zeit, kurz vor der Lohnbewegung werden die Versammlungen von den Mitgliedern so schlecht besucht, daß es für die Tarifkommission und den Vorstand direkt entmutigend ist, eine solche Interesslosigkeit mit ansehen zu müssen.

Die Vorschläge der Kommission betreffend, Arbeitszeit und Anfangslohne sind folgende: Die Arbeitszeit beträgt 53 1/2 Stunden pro Woche. Der Anfangslohn für Buchbinder beträgt 22,50 Mark, das erste Jahre nach der Lehre 19 Mark, nach dem ersten Jahr tritt der obige Lohn in Kraft. Über den Lohn von 22,50 erfolgte eine rege Debatte. Verschiedene Redner erklärten denselben für zu niedrig und empfahlen als Anfangslohn 24 Mark. Goppert, Greve und Mehrmann befürworteten 22,50 Mark mit der Motivierung, es sei zwecklos, Forderungen aufzustellen, die man nicht durchdrücken könne oder von vornherein schon abhandeln lassen wolle. Als Anfangslohn für Buchneider, Markvorierer und Vergolder sind 24 Mark vorgesehen. Für die Entlohnung der Arbeiterinnen empfahl die Kommission folgende Sätze: Für ungeübte Arbeiter-

rinnen das erste halbe Jahr 9 Mark, nach diesem 10 Mark, nach einem Jahre 12 Mark. Für Arbeiterinnen an den Falz-, Baginier- und Gestmaschinen sowie an der Prägepresse: im ersten halben Jahre 12 Mark, nach diesem 13,50 Mark, nach einem Jahre 15 Mark Wochenlohn. Sämtliche Lohnarbeiter und Arbeiterinnen, welche den Minimallohn oder mehr schon beziehen, erhalten eine Lohnhöhung von 5 Prozent.

Obige Vorschläge der Kommission wurden mit großer Mehrheit gutgeheißen. Bedauerlicherweise waren die Kolleginnen in dieser Versammlung sehr schwach vertreten. Die Weiterberatung der Bestimmungen zum Tarif wurde infolge der vorgerückten Zeit auf die nächste Versammlung vertagt.

**Berlin.** Am 22. Juni fand eine öffentliche Versammlung aller in der Kontobuchbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen statt, die sich mit dem Ablauf des bestehenden Tarifs beschäftigte, den Bericht der Tarifkommission entgegennahm und die den Arbeitgebern zu überreichenden neuen Arbeitsbedingungen beriet. Der Referent Kollege Wagner bemerkte, daß es schon im Jahre 1900 versucht worden sei, für die Berliner Kontobuchbranche einen einheitlichen Tarif zu schaffen, doch kam es nicht vollständig dazu, weil in der Kürze der Zeit nicht so vorgegangen werden konnte, wie gewünscht, es wurden dann Werkstatttarife zur Einführung gebracht und hatten derart Ungültigkeit; nur die Bestimmungen betreffend Minimallohn wurden einheitlich geregelt. Mit dem 1. Oktober dieses Jahres laufe nun die Gültigkeit dieser Vereinbarungen ab.

Am 28. Juni vorigen Jahres fand hier eine Besprechung mit den Hannoverschen Kontobucharbeitern statt. Das Ergebnis dieser Besprechung war, daß beschlossen wurde, auch für Berlin einen einheitlichen Akkordtarif auszuarbeiten. Es bildete sich eine aus 6 Kollegen bestehende Tarifkommission, welche im August 1902 mit ihren Arbeiten begann. Zu den Sitzungen wurden die für die betr. Arbeiten in Betracht kommenden Spezialarbeiter herangezogen und im Einverständnis mit diesen die Preise festgesetzt. Redner bemerkt, daß es natürlich nicht möglich ist, den Tarif in der Versammlung vorzulesen, nur die „Allgemeinen Bestimmungen“ bringt er zum Schluß zur Verlesung.

Es entspinnt sich hierüber eine sehr lebhaft diskussion. Betreffs Gültigkeitsdauer sind sich alle Redner darüber einig, daß der Tarif erneut auf die Dauer von drei Jahren abgeschlossen werden müsse.

In der Abstimmung wurden die allgemeinen Bestimmungen im großen und ganzen nach den Vorschlägen der Kommission angenommen. Danach sollen die Stundenlöhne betragen für männliche Arbeiter 47 Pf., für Spezialarbeiter 51 Pf., für Ausgelernte bis zu einem Jahre 43 Pf.

Für geübte Arbeiterinnen 26 Pf., für ungeübte 17 Pf. mit von 3 zu 3 Monaten stattfindenden Erhöhungen, so daß der Minimallohn nach einem Jahre erreicht ist. Für geübte Hefterinnen, Baginierinnen und Maschinensalzerinnen 37 Pf. pro Stunde.

Nachdem noch beschlossen war, die neuen Forderungen zum 1. Juli einzureichen, folgte Schluß der namentlich auch von den Kolleginnen sehr zahlreich besuchten Versammlung.

**Leipzig.** In der Versammlung der Portefeüller, Galanterie- und Stuarbeiter vom 20. Juni referierte Genosse Pinkau über die Entstehung der Zeitungen. Der Vortrag wurde von den Kollegen beifällig aufgenommen. In der Diskussion wurde besonders hervorgehoben, daß bürgerliche Zeitungen in Arbeitstexten eigentlich gar nicht mehr vorgefunden werden sollten. Dem Kartellbericht, den Kollege Perhsch erstattete, ist zu entnehmen, daß die Metallarbeiter dem Kartell den Rücken gemendet und die Buchdrucker sich bereit erklärt haben, ihre Vergünstigungen in Zukunft in Arbeiterlokalen abhalten zu wollen. Betreffs der Barbier werden die Kollegen eruchtet, sich die Kontrollkarten vorzeigen zu lassen. Da bei der Wahl eines Vertrauensmanns der Portefeüller im Buchbinderverband an Stelle unseres Kollegen Kraus, der Leipzig verläßt, kein Ersatz zu finden war, so muß diese Angelegenheit auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung verschoben werden. Kollegen

Kraus wurden anerkennende Worte über seine Tätigkeit zu teil. Eine Debatte entspann sich noch über Abänderung des Versammlungstags und -Ortes, welche aber resultatlos endete.

**Dresden.** In einer am 20. Juni hier stattgefundenen Versammlung beschäftigten wir uns mit der vom Verbandsvorstand ausgeschriebenen Extrasteuer. Der Vorsitzende B. Kohl bemerkt zunächst, daß dieselbe wohl nicht von langer Dauer sein würde, da die Unterhandlungen über die Tarifgemeinschaft in den drei größeren Städten allen Anschein nach auf friedlichem Wege zum Ende gelangen werden, die Extrasteuer aber nur zur Unterstützung im Kampfe zur Einhaltung und Verbesserung des Tarifs ausgeschrieben worden ist. Er wünscht, daß sich auch die Dresdener Mitglieder dafür aussprechen, weil es doch auch für sie vorteilhafter sei, wenn die Zustände, wie sie in den drei Tarifstädten jetzt bestehen, bestehen bleiben, um sodann in den kleineren und mittleren Städten darauf hinzuwirken zu können, den Tarif, soweit derselbe in Frage kommt, auch dort durchzuführen und somit auch in den kleinen Städten bessere Lohn und Arbeitsverhältnisse zu schaffen, was ja auch für Dresden sehr notwendig wäre. D. K. bezeichnete es als eine Ungerechtigkeit, die kleineren und mittleren Zahlstellen mit einer Extrasteuer zu belasten, da es den Kollegen in solchen Orten schon schwer fällt, 35 Pf. zu zahlen und dieselben so gut wie gar keinen Nutzen davon haben, auch erblickt er in der Erhebung der Extrasteuer ein Hindernis für die Agitation, er wünscht darauf hinzuwirken, daß Kollegen in solchen Orten, wo bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen bestehen, mehr zu solchen Extrabeiträgen herangezogen werden, da es denselben doch leichter wird, etwas mehr zu geben, als Kollegen mit 16 bis 18 Mk. Lohn. Redner unterbreitet der Versammlung folgende Resolution:

„Die heutige Versammlung der Dresdener Verbandsmitglieder nimmt mit Entrüstung Kenntnis von der ausgeschriebenen allgemein zu erhebenden Extrasteuer. Sie ist der Meinung, daß es gerechter gewesen wäre, diese Extrasteuer nur über die drei Tarifstädte zu verhängen, die den Vorteil vom Tarif genießen.

Für die kleineren und mittleren Zahlstellen ist dieser 50 Pf.-Beitrag eine schwere Belastung, die ihre Fortentwicklung unmöglich macht, weshalb diese Maßnahme abermals eine Weischiebung der kleinen Städte zu gunsten der Tarifstädte ist.

Die Versammlung erwartet, daß baldigst durch Einführung des Staffelbeitrags eine gerechtere Besteuerung der Mitglieder eintrete.“

Der Vorsitzende, wie auch Lange und einige andere Kollegen wiesen darauf hin, daß es eine falsche Ansicht sei, wenn man meint, die drei Tarifstädte hätten nur Vorteil vom Tarif und wir wären nur da, dieselben zu unterstützen. Andere Zahlstellen hätten doch ebenfalls Vorteile, und es käme doch nur auf diese an, durch Lohnbewegungen Gebrauch von den Verbandsmitteln zu machen. Andernfalls läge auch schon in dieser Tarifbewegung indirekt ein Vorteil darin, daß, wenn Kollegen, die in größeren Städten gearbeitet haben, in kleinere Orte kommen, dort mit niedrigeren Löhnen nicht zufrieden sind und mehr verlangen, und dadurch indirekt einen Druck auf Besserung der Verhältnisse ausüben. Werner, D. K. und andere vertreten die Ansicht, daß es den Kollegen mit geringem Lohne entschieden zu schwer fällt, 50 Pf. die Woche aufzubringen. Sie weisen ferner darauf hin, daß man sich selbst in den drei Städten mit der Frage beschäftigt hat, die Einkommensteuer für die Zeit, in welcher die Extrasteuer ausgeschrieben ist, fallen zu lassen, ein Zeichen, daß es auch den dortigen Kollegen schwer wird, eine solche Summe aufzubringen, obgleich es diese doch eher können, wie solche in kleineren Zahlstellen. Nachdem obenstehende Resolution nochmals verlesen, wird dieselbe mit Majorität angenommen.

Nachdem wird auf Mißstände bei der Firma Grizner, kgl. Hofbuchbinder, hingewiesen, worauf Schluß der Versammlung erfolgte.

### Eingefandt.

**Darmstadt.** Um zureichende Kollegen auf die hiesigen Verhältnisse aufmerksam zu machen, fühlt sich die Agitationskommission veranlaßt, hierüber

einige Aufklärungen zu geben. Die Darmstädter Verhältnisse lassen im allgemeinen noch viel zu wünschen übrig und können bessere Verhältnisse nur langsam und mit Hilfe sämtlicher Kollegen geschaffen werden. In der Hofbuchbindererei Ph. Böcher dürften in Bezug auf die horrenden Stundenlöhne von 24 und 25 Pf. wohl Änderungen eintreten. Es wäre gleichfalls angebracht, wenn die beiden Herren Geßes einen Teil der Kollegen nicht als Hausdiener betrachteten. In der Buchdruckeri Uhde dürfte die Arbeitszeit der Buchbinder mit der der Buchdrucker gleich gesetzt werden, da die Buchbinder wohl nicht als Arbeiter zweiten Ranges anzusehen sind. Ein leidiger Punkt in der Lohnfrage ist in einem großen Teile der hiesigen Geschäfte die Nichtbezahlung der Feiertage, wo so schon bei diesen teuren Lebensbedingungen in Darmstadt der Lohnsatz von 17 Mk. zu niedrig ist. Leider ist das Verbandsinteresse noch nicht so bei den Kollegen geweckt, um ein tatkräftiges Vorgehen zu ermöglichen. Unser Wirkungskreis, der die Zahl von 45 Betrieben mit 67 Gehilfen, 9 Lehrlingen, 36 Arbeiterinnen und 1 Hilfsarbeiter aufweist, hat erst die Höhe von 35 organisierten Gehilfen erreicht, von den Arbeiterinnen ist in agitatorischer Beziehung nichts zu erwarten, da diese fortwährend im Stellenwechsel sich befinden, wie überhaupt im allgemeinen am Orte der Stellenwechsel stets an der Tagesordnung ist. Viel Verschulden an der schlechten Entlohnung haben in den meisten Fällen die Kollegen selber, indem sie die festgesetzte Arbeitszeit überschreiten und unter Minimallohn arbeiten: Die Kollegen hier sind ihre größten Gegner selber! Wie weit die Bescheidenheit der Kollegen manchmal geht, ist daraus zu ersehen, daß sie trotz dem Angebot des Meisters mit 17 Mk., sich bewogen fühlen für 15 Mk. zu arbeiten. Ein anderer Buchkünstler, der im Hand- und Preßvergoldern, sowie im Marmorieren u. s. w. tüchtig sein will, stellt seine ausgezeichnete Kraft für 17 Mk. zur Verfügung. Solche Fälle sind nicht im Interesse des Verbandes gelegen und machen ein Vorwärtkommen unmöglich. Ein jeder Kollege mache es sich zur Pflicht an dem bestimmten Lohnsatz von 17 Mk. und der Arbeitszeit von 9 bzw. 10 Stunden festzuhalten. Die Agitationskommission hat noch ein großes Arbeitsfeld vor sich und rechnet auf die tatkräftige Unterstützung eines jeden Kollegen und hoffen wir, daß sich bald die Darmstädter Kollegen zusammenscharen, um auch hier bessere Lebensbedingungen zu erringen.

### Bundschau.

\* Die Zählkarten für die amtliche Arbeitslosenstatistik sollen sogleich nach Quartalschluß, also mit Schluß dieser Woche an den Verbandsvorsitzenden eingesandt werden. Es wird dringend ersucht, auf präzise Ausfüllung und sofortige Zusendung bedacht zu sein.

Die Zentralkrankenkasse der Buchbinder veröffentlicht die Jahresabrechnung pro 1902. War schon der Abschluß des Vorjahres ein ungünstiger und kam nur den Abschüssen zweier Influenza-Epidemie-Jahren nahe, so ist der Abschluß für das Jahr 1902, das wohl keinen besonders ungünstigen Gesundheitszustand für die Arbeiter mit sich brachte, noch um ein Bedeutendes schlechter. Welche Ursachen diesem schlechten Abschluß zu Grunde liegen, ersehen wir aus der vom Vorstand zu dieser vorliegenden Abrechnung selbst gemachten Anmerkung, die hier, ohne daß wir besondere Zusammenstellungen machen, im Wortlaut wiedergegeben werden soll, denn sie faßt alles dazu Begeugungswolle selbst kurz zusammen. Es heißt dort:

„Noch mehr wie unbefriedigt von dem Resultat unseres diesjährigen Abschlusses müssen wir denselben hinausgehen, seit Bestehen der Kasse der ungünstigste Bericht. Außer dem vollständigen Verbrauch der Kapitalzinsen hat sich das Kassenvermögen um 7120,87 Mk. vermindert, und leider besteht auch nicht die Hoffnung, daß durch die von der letzten Generalversammlung beschlossene geringe Erhöhung der Beiträge ein Ausgleich geschaffen würde. Die Geschäftskrise, welche besonders stark im Portefeüllfach im Jahre 1902 ausgebrochen ist, wie auch die Maßnahmen des vorbeugenden Heilverfahrens seitens der Invalidenversicherung beeinflusst stark die Krankenziffer und besonders deren Dauer.“

Im Berichtsjahr hatten wir eine durchschnittliche Mitgliederzahl von 9123 (8657 im Vorjahr), davon erkrankten 2944 (2878 im Vorjahr). Die Zahl der Krankheitsstage betrug 70159 (gegen 61888 im Vorjahr), das sind 8271 Krankheitsstage mehr. Auf jeden Krankheitsfall kommen 23 1/2 Tage (21 1/2 Tag im Vorjahr). Auch bezüglich des Mitgliederbestandes, insbesondere des Zuganges neuer Mitglieder, ist das Resultat kein günstiges. Hier darf nicht verschwiegen werden, daß die Ursache dafür nicht in der Agitation einer Verschmelzung der Kasse in den Deutschen Buchbinder-Verband zu suchen ist, was uns von Vorständen der Verwaltungen berichtet und durch Vergleich mit den monatlichen Uebersichten bestätigt wird. Seit August 1902 bis heute ist eine auffallende Verminderung der Eintritte zu verzeichnen. — Die tatsächliche Zunahme der Mitglieder beträgt 295 (494 im Vorjahr). Es sind eingetreten 793 (980 im Vorjahr), ausgeschlossen 270 (263 im Vorjahr), zugereist 572 (549 im Vorjahr), abgereist 664 (638 im Vorjahr), ausgetreten 79 (78 im Vorjahr), gestorben 63 (56 im Vorjahr) Mitglieder.

Uebergetreten in eine andere Klasse sind 334 Mitglieder (246 im Vorjahr), und zwar: aus der 4. zur 3. Klasse 62, von der 4. zur 2. Klasse 4, von der 3. zur 2. Klasse 153, von der 3. zur 1. Klasse 72, von der 2. zur 1. Klasse 38 und von der 2. zur 3. Klasse 5 Mitglieder.

Neben der bekannten Tatsache, daß das vorliegende Heilverfahren die Kasse schwer belastet — es werden selbstverständlich alle Krankentassen dadurch stark belastet —, ist besonders interessant, daß die schlechte Geschäftskrise im Portefeuillegewerbe diesen ungünstigen Abschluß stark beeinflusste. Damit ist also die längst bekannte Tatsache zugestanden, daß viele Arbeitslose in Ermangelung einer Arbeitslosenunterstützung die Krankentasse in Anspruch nehmen. Weiter wird der Rückgang der Krankentasse auf die von uns betriebene Agitation zur Verschmelzung dieser mit dem Verband zurückgeführt, eine weitere Tatsache, die weder von uns noch von jemand anders bestritten werden kann. Und ohne von dem vollgerüstet und geschüttelt Maß Schuld, das dabei auf unser sündiges Haupt entfällt, auch nur eine Unze ablenken zu wollen, erlauben wir uns doch einmal hierbei darauf hinzuweisen, daß die eigentliche Bewegung für die Verschmelzung und deren Behandlung in der Zeitung weder von uns ursprünglich ausgegangen noch ein Verdienst des Kollegen B. S. ist, wie immer angenommen wird, sondern diese Idee wurde erneut publik durch die Beratungen der Delegierten der Generalversammlung der Kasse selbst, von denen uns ein diesbezüglicher Bericht zugeht — wie zu lesen ist in Nr. 27 unserer Zeitung vom Jahre 1902. Doch das so nebenbei. — **Der uns antreibt jetzt die Frage: Was gedenken die Mitglieder der Krankentasse und die Zentralverwaltung nach diesem Memento mori zu tun? Daß man einer in den Verhältnissen begründeten geschichtlichen Entwicklung mit Gewalt Einhalt gebieten will, eine solche Absicht kann und wird doch bei den auf den Fortschritt bedachten Arbeitern nicht Platz greifen. Und dann noch eine Frage. Wie wird die Krankentasse abschließen, wenn die Strömung im Verband zur Einführung einer Krankenunterstützung Oberhand gewinnt und es zur Einführung einer solchen kommt?**

\* Die Ergebnisse der Reichstagsstichwahl haben die Zahl der sozialdemokratischen Abgeordneten auf 81 erhöht, unser Verbandsvorsitzender Dietrich befindet sich aber nicht unter den Gewählten, wie Wolffs Telegraphenbureau gemeldet und der „Vorwärts“ auch publiziert hatte. Kollege Dietrich blieb in der Stichwahl mit 8058 Stimmen in der Minderheit, während der Volksparteiler Storz 11735 Stimmen erhielt.

\* Über ein Ledertechnisches Kunstwerk, eine Riesenmappe, die in der Werkstätte des Herrn Gulbe-Hamburg auf Bestellung des deutschen Kaisers angefertigt worden ist, lesen wir folgendes:

Als der deutsche Kaiser auf seiner Nonnreise dem Papst einen Besuch abstattete, hat er diesem als besondere Aufmerksamkeit eine große Photographie von dem soeben vollendeten neuen Portal des Meher Domes überreichen lassen. Für diese fertigte Georg Gulbe in seiner kunstgewerblichen Werkstatt in Hamburg eine Mappe an, die in einer Höhe von 2,2 Meter, eine Breite von 1,52 Meter und mit ihrem Behälter ein Gewicht von nicht weniger als 262 Kilogramm, also über 5 Zentner, hatte. Es dürfte dieser Koloss wohl das umfangreichste und schwerste Schreingeschloß sein,

welches jemals in Form einer Mappe überreicht worden ist.

Die Ausführung der Mappe war von dem Kaiser persönlich bis in die kleinsten Details vorgeschrieben. Die Außenseiten derselben sind aus 20 durch Nähnähte miteinander verbundenen, weißen Pergamenthäuten zusammenengefugt; oben und unten laufen zwei 35 Zentimeter breite Rindlederstreifen um die Mappe, die sich in Wandform mit reicher Ledermodellierung in altromantischer Stilart, antik vergolbet, außerordentlich wirkungsvoll von dem hellen Pergamentgrund abheben. Nach dem Rücken zu erweitern sich diese Lederbänder zu je einem runden Schilde, deren oberer das Follernwappen mit dem deutschen Reichsadler und der Kette des schwarzen Adlersordens in farbiger Ausführung zeigt, während der untere Schild die Insignien der päpstlichen Würde, die Tiara mit den Schlüssel, ebenfalls in Leder modelliert und farbig gemalt, enthält. In dem großen, weißen, mittleren Felde steht in Gold gepunzt die folgende Aufschrift: „ECCLE. CATH. MECENSIS, PORTA NOVA, A. O. D. N. MCMLIII.“ (Neues Portal der katholischen Kirche zu Mex im Jahre 1903). Die Mappe ist mit olivgrüner Seidenplüsch gefüttert und sieben 20 Zentimeter breite olivgrüne Seidenbänder schließen dieselbe. Auf der Rückseite sind zwei breite Tragriemen aus dickem, dreifachen Rindleder eingelassen. Dieselben sind so balanciert, daß sie die Mappe auf die zum Aufnehmen derselben nötigen zwei Personen zuneigen lassen, so daß diese mit der freien linken Hand durch Abhalten von sich das Gleichgewicht herstellen können. Bei der Höhe der Mappe von 2,2 Meter haben also gerade nur die Fellschuppen der Riesengrenadiere des Kaisers über dieselbe hinweggehen.

Zur Montierung der Mappe, welche allerlei technische Schwierigkeiten bot, war die Einrichtung zweier großer, schwerer Holzrahmen nötig, um der Riesenmappe Halt zu geben. Vorder- und Rückdeckel sind miteinander durch dicke eiserne Charniere verbunden.

Die komplizierte Aufgabe wurde von der Gulbeschen Werkstatt, die ja in der Ausführung derartiger Arbeiten Weltrenge genießt, in der verhältnismäßig sehr kurzen Zeit von 10 Tagen glänzend gelöst, was ein der Firma Gulbe zugegangenes Kabinettschreiben folgenden Wortlauts beweist:

„Herrn Georg Gulbe, Hoflieferant, Hamburg. — Es gereicht mir zur besonderen Freude, Ihnen mitteilen zu können, daß Seine Majestät der Kaiser und König gerührt haben, über die von Ihnen gelieferten Mappen zu den Photographien des Meher Domporthals Allerhöchst Seine volle Anerkennung auszusprechen.“  
gez.: Graf Zeppelin.“

\* Großfeuer in einer Leipziger Buchbindererei. Auf dem Grundstück der Großbuchbindererei von Wötcher & Bongartz in Leipzig (Talsstraße) brach in der Nacht vom Samstag auf Sonntag gegen 1 Uhr in der, in dem Grundstück befindlichen chemischen Fabrik ein Schadenfeuer aus, das nächst der vollständigen Vernichtung dieser chemischen Fabrik riesige Lagerbestände der Buchbindererei, Materialien, Bücher und Decken zc. vollständig vernichtete oder durch Wasser unbrauchbar machte. Der verursachte Schaden dürfte ganz bedeutend sein, doch leidet der Betrieb, da die eigentlichen Arbeitsräume nicht beträchtlich in Mitleidenschaft gezogen sind, keine wesentliche Unterbrechung.

\* Der Verband der deutschen Buchbinderungen wird vom 25. bis 28. Juli dieses Jahres in Kassel seinen 24. Verbandstag abhalten. Zu den bemerkenswertesten Verhandlungsgegenständen gehört ein gemeinsames Vorgehen, um die Behörden zu bestimmen, die Buchbinderarbeiten getrennt von anderen Aufträgen unmittelbar an Buchbinder zu vergeben und sich nicht der Vermittlung der Buchdrucker oder Buchhändler zu bedienen und den Bedarf an Papier- und Schreibwaren bei den am Orte der Behörde anfassigen Buchbindern zu decken. Zu einer Petition an den Reichstag soll beantragt werden, die Buchbinder für ein Saisongewerbe zu erklären, für welches gemäß § 105 d und § 138 a Ausnahmen in Bezug auf die Beschäftigung von Arbeitern und Arbeiterinnen durch Beschluß des Bundesrats zulässig sind.

\* Zum Schulheft- und Schulbuchhandel. Die bezuglich anhaltlicher Regierung, Uebeilung für Schulwesen, hat folgenden Erlaß an die Kreis- und Provinzialinspektoren und Rektorate der Mittel-, Bürger- und Volksschulen zur Kenntnis gebracht:

„Es ist zu unserer Kenntnis gekommen, daß einzelne Lehrer ihre Schüler befuß Beschaffung der erforderlichen Bücher und Hefte an bestimmte

Lieferanten gemiesen oder auch, um Gleichmäßigkeit zu erzielen, den Einkauf für die ganze Klasse selbst bewirkt haben. Wir halten diese Beeinflussung der Kinder für unstatthaft und weisen hiermit die Lehrer an, sich jeder Einwirkung auf die Kinder hinsichtlich der Bezugsquelle für die erforderlichen Schulartikel zu enthalten. Es muß den Eltern völlig freistehen, die Lieferanten für Schulbedürfnisse ihrer Kinder selbst zu wählen. Wir veranlassen Sie, die ihnen unterstellten Lehrer mit dem Inhalt der Verfügung bekannt zu machen und auf deren Befolgung zu achten.“

\* Etwas über Bücher. Anlässlich des am 6. Juni in Dresden abgehaltenen Frühlingsfestes des Ortsverbandes deutscher Journalisten und Schriftsteller war eine vornehm ausgestattete Festschrift herausgegeben worden, in der Felix Dahn sagt:

„Bücher schreiben ist leicht, es verlangt nur Feder und Tinte

Und das geduld'ge Papier. Bücher zu drucken ist schon schwerer, weil oft das Genie sich erhebt unlesbarer Handschrift.

Bücher zu lesen ist noch schwerer, von wegen des Schlags,

Aber das schwierigste Wert, das ein sterblicher Mann bei den Deutschen auszuführen vermag, ist zu verkaufen ein Buch.“

Und W. v. Polenz sagt:

Bücher gleichen in vieler Beziehung menschlichen Wesen. Über die Persönlichkeit eines Buches kann man sich erst klar werden, wenn eine Zeit verstrichen ist, seit man es aus der Hand gelegt hat. Sind seine Wahrheiten dann noch immer neu, nehmen seine Gestalten auf dem Goldgrund der Zeit zu an Frische und Überzeugungskraft, dann ist es ein gutes Buch, das wert ist, immer und immer wieder gelesen zu werden. Der beste Prüfling für Bücher aber ist die Natur. Wie verblüht unter der Beleuchtung des freien Himmels manches Gelesene, wirkt nichtsfugend, zwerghaft, unwahr, was beim Lampenlicht interessant und bedeutend erschienen war. Menschenwerk, das den Vergleich mit Wolken, Winden, mit der Sprache des Waldes und dem Dufte der Wälder aushalten soll, muß etwas von der Reinheit, Wahrschaffigkeit und der schlichten Größe jener gütigen, schönen, ewig gegenwärtigen Freundin besitzen, die uns den natürlichen Maßstab gibt für alle Dinge.

\* Die Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine im Jahre 1902. Der letzte Bericht über den Stand der Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine im Jahre 1902 im Zentralorgan dieser Organisationsgruppe dem „Gewerkverein“ (Nr. 21) stellt folgendes fest:

Name des Gewerksvereins	Ortsvereine Ende 1902.	Mitglieder	Gesamt-einnahme	
			Mk.	Pf.
1 Maschinenbauer u. Metallarbeiter	659	40288	355 640	48
2 Fabrik- und Handarbeiter	354	21190	96 533	73
3 Kaufleute	117	7703	97 581	05
4 Tischler	163	7304	73 583	06
5 Schuhmacher und Lederarbeiter	181	5617	41 502	64
6 Klempner und Metallarbeiter	104	4029	42 190	74
7 Stuhlarbeiter	76	4128	22 422	94
8 Schneider	95	4060	19 581	32
9 Graphische Berufe	64	1921	13 290	97
10 Bauhandwerker	66	1199	9 378	69
11 Zigarren- u. Tabakarbeiter	33	1546	8 109	83
12 Töpfer	32	1430	8 041	96
13 Deutsche Frauen	36	690	11 173	53
14 Bergarbeiter	26	501	3 248	55
15 Bildhauer	16	426	5 064	42
16 Konditoren	12	290	1 893	20
17 Schiffszimmerer	6	188	1 042	32
18 Klempner	1	42	143	48
19 Vergolter	1	9	67	21

[1992 102581 800434 12

Die Gesamtmitgliederzahl ist demnach von 96 506 auf 102 581 gestiegen, also um 6 075 Mitglieder. Die Zahl der Ortsvereine stieg von 1891 auf 1992, also um rund 100. Den Hauptmitgliederszuwachs haben die Metallarbeiter mit rund 3000 und die Fabrik- und Handarbeiter mit rund 2000 zu verzeichnen. Verlußt zeigen unter anderem die Schuhmacher und Klempner. Die sämtlichen Gewerksvereine verausgabten für

Rechtsschutz	8281 Mf.
Arbeitslosigkeit, Streiks, Aussperrung	246899 =
Reise, Umzug, Notfälle	62245 =
Förderung der Bildung	29364 =
Organ	112330 =
Agitation und Reisen	34994 =
Zinssrate, Drucksachen, Arbeitsvermittlung	65450 =
Ortsverbands- u. Verbandssteuern (?)	39283 =
Verwaltungskosten der Haupt- und Ortsstelle	150500 =

Man sieht, daß auch in schlechten Geschäftszeiten die Organisation sowohl wie die Rassen-einrichtung der Ditsch-Dunderschen Fortschritte machten — trotz der greisenhaft-n Berliner Zentralleitung.

**Literarisches.**

„Die Neue Zeit“, Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie (Stuttgart, Dieß Verlag), erscheint in wöchentlichen Festen à 25 Pf. (pro Quartal 3,25 Mf.) und ist durch alle Buchhandlungen und Kolporteurs zu beziehen. Erschienen ist Heft 39.

„Soziale Praxis“, Zentralblatt für Sozialpolitik (Herausgeber Dr. Ernst Franke in Berlin.) Verlag von Duncker & Humblot, Leipzig. Erscheint jeden Donnerstag. Preis vierteljährlich 2,50 Mf. Erschienen ist Nr. 88.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dieß Verlag) ist uns Nr. 14 des 13. Jahrganges zugegangen. — Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf.; durch die Post bezogen vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf.

**Briefkasten.**

G. R. in M. Ueber den Streik müssen Sie laut Streikreglement eine zusammengestellte Abrechnung in der Zeitung geben, die alle Einnahmen und Ausgaben, auch lokale, enthält.

G. R. in P. Vorkünftig vollständig zwecklos, sich mit diesem Thema zu beschäftigen, deshalb abgelehnt. Warten wir doch erst ab, wie die Sache ausgeht!

**Abänderungen im Adressenverzeichnis.**

Adressen der örtlichen Bevollmächtigten.  
Annaberg-Buchholz: Paul Förster, Annaberg  
Gummannstraße 30.  
Pforzheim: B. Sgel, Nebeniusstraße 16.

Abänderung im Verzeichnis der Reiseunterstützungs-Auszahlter.  
Bromberg. Z. L. Komasiński, Brückenstr. 11 IV; von 12 1/2—1 1/2 Uhr.

**Anzeigenteil.**

Zentral-Kranken- und Begräbniskasse der Buchbinder etc. (Eingeschr. Hilfsk.) Sitz Leipzig.  
351] [1.50

Verwaltungsstelle Fürth i. Bayern.  
Samstag den 4. Juli, abends 7 1/2 Uhr, im Lokal 3 i. d. Wassergasse

Hauptversammlung.  
Tagesordnung:  
1. Geschäfts- und Rassenbericht.  
2. Neuwahl.  
Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwartet  
Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Buchbinder-Verband.**

Zahlstelle Bant-Wilhelmshaven.  
Sonntag den 12. Juli

Ausflug nach Barel per Vergnügungszug.

Abfahrt von Wilhelmshaven 1 Uhr 50 Min. nachm. Ankomst in Barel 2 Uhr 30 Min. nachm.  
Die Kollegen von Oldenburg und Jever werden gebeten, hiervon Notiz zu nehmen und sich an unserem Ausflug zahlreich zu beteiligen. [1.40  
352] Der Vorstand.

Buchbinder und Galanteriearbeiter finden sofort Beschäftigung bei [1.00  
353] C. F. Ortlopp, Friedrichroda i. Th.

**Zahlstelle Berlin.**

Mittwoch den 8. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“ (Saal I), Engel-Ufer 15

**Mitglieder-Versammlung.**  
354] Tagesordnung: [4.50

1. Vortrag.
2. Abrechnung vom Stiftungsfest.
3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Um vollständiges Erscheinen ersucht  
Die Ortsverwaltung.

Montag den 20. Juli

**Grosses Sommer-Fest**

zur Feier des „Guten Montags“

in dem Stablfiment „Neue Welt“,  
Hasenhaide 108—114.

Großes Garten-Konzert. Spezialitäten-Vorstellung.  
Theater-Vorstellung für Kinder.

Von 5 Uhr ab im neuen Riesen-Festsaal:

**Grosser Ball.**

Eintritt in den Saal für Herren 30 Pf.,  
für Damen 10 Pf.

Bei eintretender Dunkelheit:

**Fackelzug für Kinder.**

☀ Nachdem: Großes Feuerwerk. ☀

Jedes Kind erhält am Eingang des Gartens zwei Bons für Stocklaterne und Schaufel oder Karussell zc.

Die Kaffeefische ist den geehrten Damen von 2 Uhr an geöffnet.

Billet 20 Pf., an der Kasse 25 Pf. Anfang 4 Uhr.

Billets sind in obiger Versammlung, in allen Zahlstellen, bei den Werkstübenvorstandsmitgliedern, sowie im Bureau zu haben. D. D.

Unserem Kollegen 355] [0.50

**Philipp Scharrer nebst Frau**

zur Anknüpfung des ersten Prinzen die besten Glückwünsche.  
Joh. Wiessmath, Karl Decker, Cäcilie Wolf u. H. Dürr.

Krankengeld-Zuschusskasse, sehr empfehlenswerte, Sterbekasse, Feuerkasse, weist unentgeltlich nach [1.00  
356] Willh. Wendt, Bezirksdirektion, Berlin C., Dragonerstr. 17 III.

**Aufklärende Schriften!**

357] Zur Anschaffung sehr empfohlen: [2.80

Nieuwenhuis, Die Bibel, ihre Entstehung und Geschichte, 96 Seiten brosch. 40 Pf.

Nieuwenhuis, Der Gottesbegriff, seine Geschichte und Bedeutung, 80 Seiten brosch. 40 Pf.

Lütgenau, Jesuitenfrage, 84 Seiten 20 Pf.

Stomkes Städtebuch, Reiseführer durch Deutschland und angrenzende Länder mit Eisenbahn- und Wegearten, geb. 1,20 Mf. Porto 20 Pf.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und von G. Stomkes Verlag, Bielefeld.

**KA**

O. Th. Winkler  
Leipzig

Abt. A: Papier- und Lederwaren

„ B: Buchbindereibedarf

Abt. C:

Kostenfreier  
Arbeitsnachweis  
für Buchbinder

Kataloge gern zu Diensten!

358]

**Sichere Existenz!**

Verkaufe sofort krankheitshalber meine  
**Buchbinderei u. Papierhandl.**  
verb. mit Vergoldanst. u. Druckerei. Beste Lage in Erfurt. Anzahl. 4000 Mf.  
Gefl. Off. sub. „Buchbinderei“ an Rudolf Mosse, Erfurt. 359] [2.20

**Sichere Existenz für einen tücht. Buchbinder!**

In einer Stadt in der Nähe Würzburgs, an der Bahn gelegen, ist eine seit 30 Jahren bestehende Buchbinderei mit Schreibmaterialienhandlung mit einem jährl. Umsatz von ca. 15000 Mf. samt Anwesen, bestehend aus Vorder- u. Hinterhaus, mit Laboreinrichtg. und allen Borräten um 32000 Mf. bei 12—15000 Mf. Anzahl. zu verf. Bei Anfr. bitte sich auf Nr. 336 zu beziehen. Nähere Auskunft erteilt Selbstrestituanten kostenfrei. Franz Popp, Kaufm. Handels- u. Immobilien-Bureau, Würzburg (E. F.), Juliuspromenade 4 I, Telefon 1040. 360] [3.20

**Selbständiger Liniierer**

gesucht. Dauernde Stellung. [1.20  
361] H. Meixner, München, Lindwurmstraße 7.

**Gesucht ins Ausland:**

362] Einige [2.20

**gewandte Preßergolder,**

die speziell für feinere Kalblederarbeiten eingelebt sind, bei guter Honorierung.

Offizier unter B. S. 700 nimmt entgegen die Expedition dieses Blattes.

**Scherms Reisehandbuch**

für wandernde Arbeiter. Meine Adresse ist 363] jetzt: [1.20  
Joh. Scherm, Stuttgart, Rötterstr. 12.

**Achtung! Berlin!**

Erlaube mir die Herren Kollegen darauf aufmerksam zu machen, daß ich Lindenstrasse 84 eine

**Restauration**

eröffnet habe und bitte um freundlichen Zuspruch.  
Mit kollegialem Gruß [1.00  
364.] Paul Gürtler.

**L. Führ, Stuttgart,**  
365] Rotenhülfstr. 14, [1.60  
empfiehlt sein reichhaltiges Lager feberleichter, sowie weiterfederer Filzhüte, Hochzeits- u. Sommerhüte von 4 Mf. an.  
Reiche Auswahl von Strohhüten neuester Mode.

**Müllers Restaurant u. Café**

Inhaber: Otto Müller. Mückern b. L., Kirchweg 32.  
Gr. Strassenbahn-Linie Mückern-Connwitz.  
Empfehle allen Kollegen meine Lokalitäten bei eventuellen Gelegenheiten zur gefälligen Benutzung.  
Gleichzeitig mache ich auf die in Nr. 51 1902 der „Buchbinderzeitung“ besprochene Welfspiekkarte aufmerksam. Dieselbe ist zu beziehen durch Emil L. Oth, Leipzig, Bayerischestraße 81, und Emil Pführe, Leipzig-Sellerhausen, Eisenbahnstraße 150 III. 366] [1.40  
Fornsprecher 7945. Mit Gruß O. Müller.

**Leipzig. Restaurant & Gutenberg,**  
Johannissgasse 19/21.

Empfehle meine neuerbauten Lokalitäten mit Saal und Gesellschaftszimmer werten Vereinen und Gesellschaften zur gefälligen Benutzung. [1.00  
Speisen und Getränke in bekannter Güte.  
367] J. Rohm.